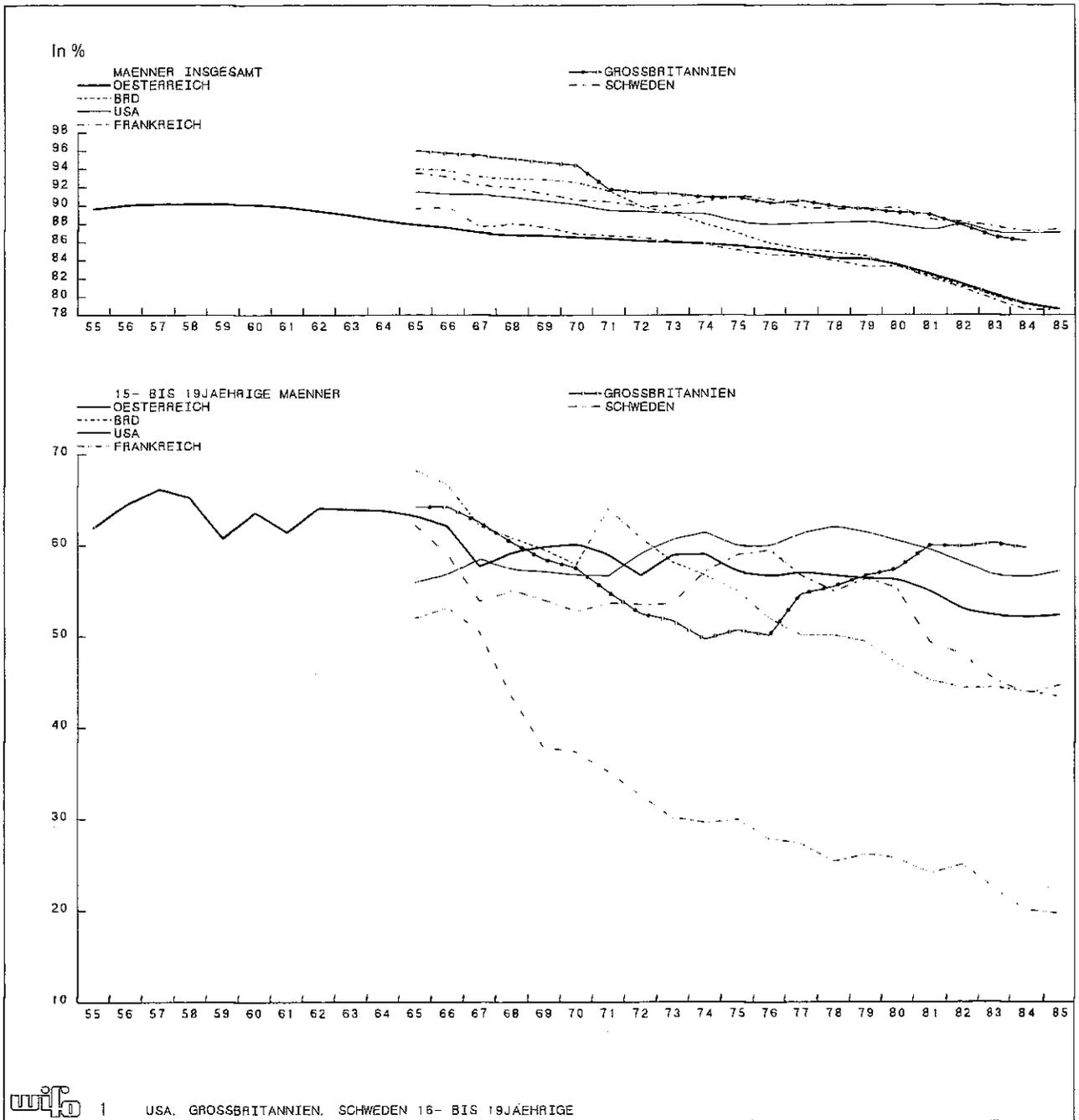


Abbildung 1

Erwerbsquoten der Männer nach Altersgruppen im In- und Ausland



gruppen; besonders ausgeprägt ist der Rückgang infolge der Verbesserungen in der öffentlichen Alters- und Gesundheitsvorsorge für ältere Arbeitskräfte. Unter den Jugendlichen gibt es, zum Teil konjunkturell, zum Teil institutionell bedingt, deutliche Schwankungen im Zeitablauf.

Der rückläufige Trend der Erwerbsbeteiligung Jugendlicher wird gewöhnlich als Folge der Verlängerung der Ausbildungszeiten gesehen. Dieses Argument ist allerdings angesichts der großen internatio-

nenal Unterschiede im Erwerbsquotenverlauf zu modifizieren. So gibt es insbesondere im anglo-amerikanischen Bereich lange Phasen steigender Erwerbsbeteiligung von Jugendlichen bei gleichzeitig stetiger Bildungsexpansion. In Großbritannien und den USA ist der Jugendarbeitsmarkt offensichtlich anders organisiert als in Kontinentaleuropa und ermöglicht Berufstätigkeit bei gleichzeitiger Vollschulzeit. In Frankreich ist die Berufstätigkeit Jugendlicher seit Mitte der sechziger Jahre von den hier zum Vergleich her-

Übersicht 2

**Umsatzentwicklung in der Bauindustrie und im Bauhauptgewerbe Hoch- und Tiefbau**

	1986	1987		1987		
		III Qu	Juli	August	Septem-ber	Oktober
	Mill S ohne Mehrwertsteuer					
Insgesamt	78 943	26 376	9 107	8 354	8 915	8 910
Hochbau	36 360	11 836	4 147	3 695	3 994	4 152
Tiefbau	35 254	12 370	4 170	3 961	4 239	4 042
Adaptierungen	7 329	2 169	790	698	681	717
Bauindustrie	46 466	15 661	3 486	3 603	3 626	3 668
Baugewerbe	32 477	10 715	5 621	4 751	5 288	5 242
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Insgesamt	+ 6,0	+ 7,7	+10,6	+ 7,0	+ 5,4	+ 2,8
Hochbau	+ 9,2	+ 8,5	+12,8	+ 5,2	+ 7,5	+ 9,7
Tiefbau	+ 1,7	+ 9,3	+ 9,5	+12,5	+ 6,2	- 0,6
Adaptierungen	+12,6	- 4,5	+ 5,0	- 9,5	- 8,9	-11,7
Bauindustrie	+ 7,3	+ 8,1	+ 3,5	+14,8	+ 3,4	+ 4,1
Baugewerbe	+ 4,3	+ 7,0	+15,5	+ 1,8	+ 6,8	+ 2,0

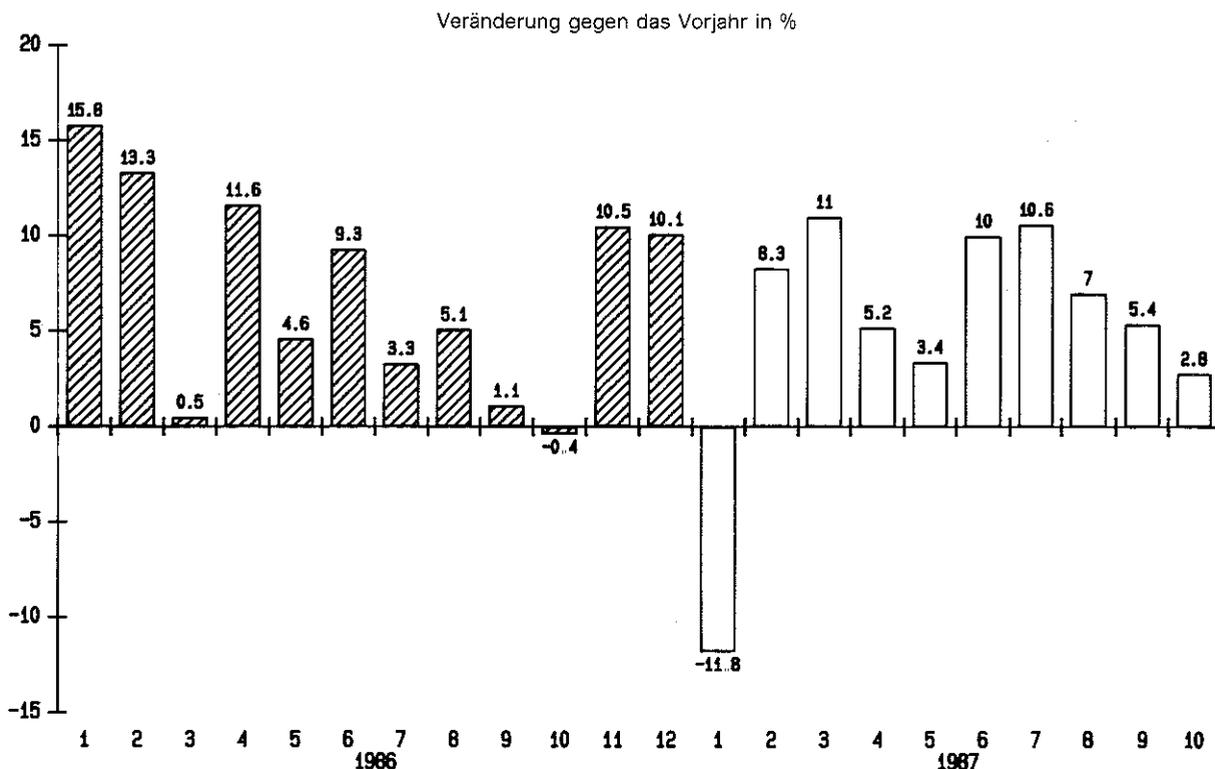
Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt

vorwiegend die privaten Investoren (Wirtschaftsbau); aber auch die Bautätigkeit im Wohnbau, insbesonde-

re im Adaptierungs- und Sanierungssektor, trug wesentlich zum Produktionswachstum bei. Allerdings sind nicht alle Baupartnen gut ausgelastet. Während der Hochbau und auch das Bauneben- und Bauinstallationsgewerbe bis Jahresende 1987 und Anfang 1988 gut beschäftigt waren, mußte der Tiefbau infolge des deutlichen Auftragsrückgangs, vor allem im Straßenbau, spürbare Produktionseinbußen hinnehmen. Die Bauumsätze im Kraftwerksbau, die bereits auf ein besonders niedriges Niveau gesunken sind, verringerten sich gegen Ende des Jahres sogar um ein Drittel. Durch die Zusammenlegung des Wasserwirtschaftsfonds mit dem Umweltfonds kam es im Lauf des Jahres zu einer gewissen Verzögerung der Auftragsvergaben, sodaß der Umsatzzuwachs im "sonstigen" Tiefbau gegen Ende des Jahres insgesamt etwas schwächer war als in den Monaten vorher, obschon sich die rege Bautätigkeit insbesondere durch den U-Bahnbau in Wien fortsetzte. Insgesamt hat sich der Tiefbau durch den Rückgang im Straßen-, Brücken- und Kraftwerksbau gegen Ende des vergangenen Jahres ungünstiger entwickelt als der Hochbau, dessen Produktionszuwachs sich beschleunigt

**Nominelle Umsätze im Hoch- und Tiefbau (ohne Baunebengewerbe)**

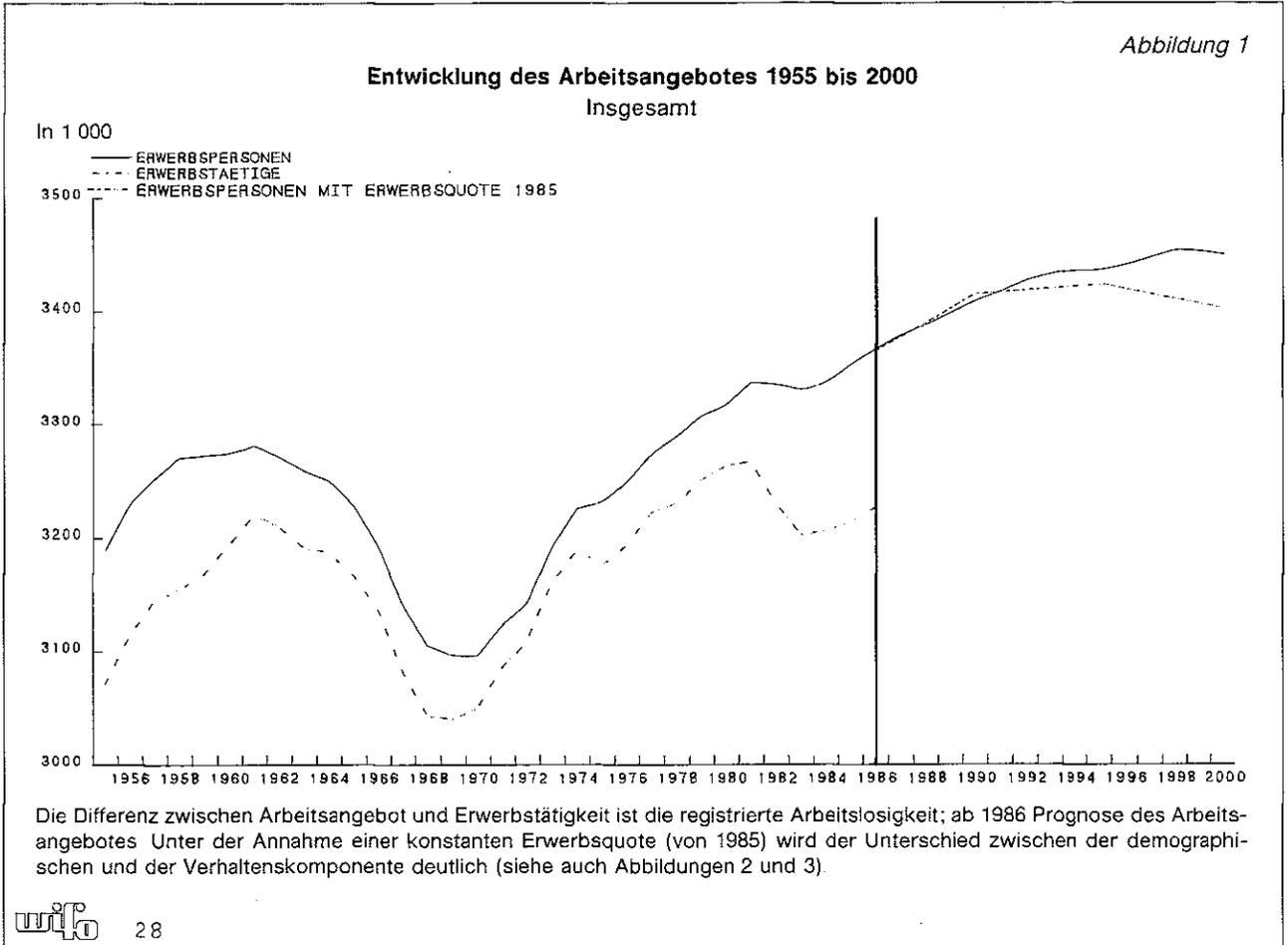
Abbildung 2



Gegen Jahresende 1987 zeigt sich eine Abschwächung der Umsatzzuwächse



Abbildung 1



als 25 Jahre sein; das bedeutet, daß die Zahl der Jugendlichen im Jahr 2000 mit 536 000 um 260 000 oder 33% geringer sein wird als 1985. Demzufolge dürfte die Jugendarbeitslosigkeit unter den gegebenen Wachstumsannahmen im Lauf der Zeit an Bedeutung verlieren. Es dürfte schon in relativ kurzer Zeit (um

1990) zu Knappheitserscheinungen in einigen Bereichen kommen, in denen vor allem mit Lehrlingen gearbeitet wird. Die relative Verknappung von Jugendlichen bei gleichzeitig generellem Überangebot an Arbeitskräften wird zu Umstrukturierungen im altersspezifischen Arbeitseinsatz führen und im Hinblick

Abbildung 2

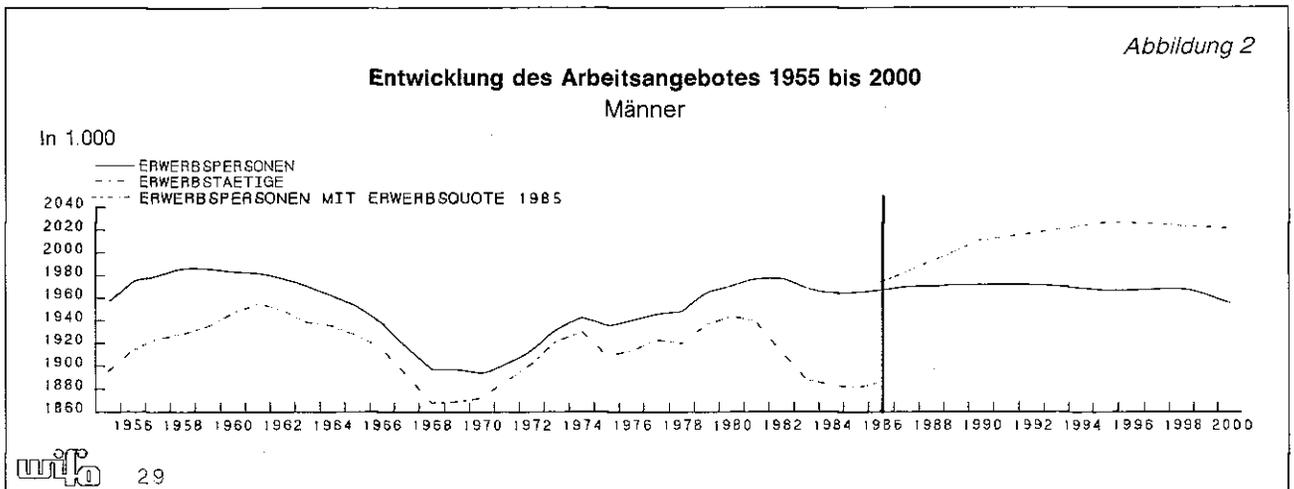
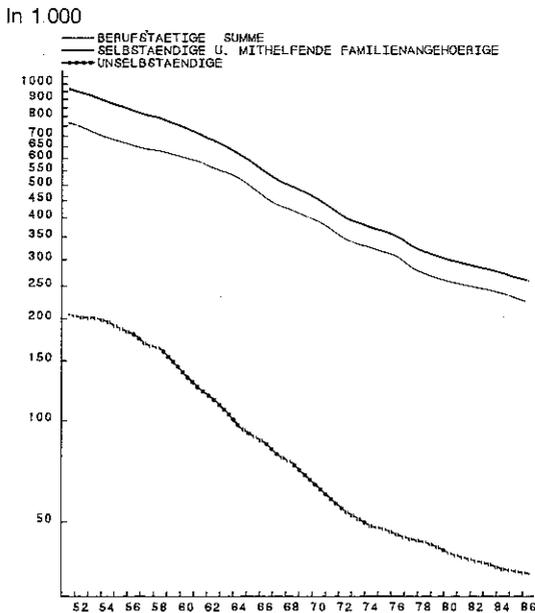


Abbildung 1

### Berufstätige in der Land- und Forstwirtschaft (Semilogarithmischer Maßstab)



Zwischen 1951 und 1986 hat die Land- und Forstwirtschaft mehr als 700.000 Berufstätige verloren fast drei Viertel des Anfangsbestands

WIFO 25

Land- und forstwirtschaftliche Betriebszählungen werden ähnlich anderen Großzählungen im Abstand von zehn Jahren durchgeführt. Um dem gestiegenen Bedarf an relativ aktuellen Informationen über landwirtschaftliche Bevölkerung und Arbeitskräfte zu entsprechen, finden seit 1973 im Abstand von drei bis vier Jahren *land- und forstwirtschaftliche Arbeitskräfteerhebungen* statt. Erhebungseinheit ist der Betrieb. Flächenlose Betriebe werden nicht erfaßt. Die Definitionen und Abgrenzungen gehen mit jenen der Betriebszählungen konform 1983 galten z. B. als landwirtschaftliche Arbeitskräfte alle Personen ab dem 15. Lebensjahr, die am Stichtag im land- und forstwirtschaftlichen Betrieb haupt- oder nebenberuflich beschäftigt waren. Schüler und im Gegensatz zur Volkszählung auch Rentner und Pensionisten galten grundsätzlich als nicht beschäftigt. Präsenzdienler, Karenzurlauberrinnen usw. wurden als voll in der Landwirtschaft beschäftigt gezählt (soweit kein außerlandwirtschaftlicher Beruf bekannt war). Personen mit mehreren Berufen wurden nach der geleisteten Arbeitszeit als voll (mindestens 90% in der Landwirtschaft), überwiegend (mindestens 50%, weniger als 90% in der Landwirtschaft) und fallweise (weniger als 50%, aber im Durchschnitt mindestens 13 Stunden pro Woche im landwirtschaftlichen Betrieb tätig)

in der Landwirtschaft beschäftigt gezählt. Eine eventuelle Beschäftigung weiblicher Personen im Haushalt blieb dabei (wie auch in der Volkszählung) unberücksichtigt. Arbeitslose Personen, die zuletzt in der Landwirtschaft tätig waren, werden — bedingt durch die Erhebungsmethode — nicht erfaßt.

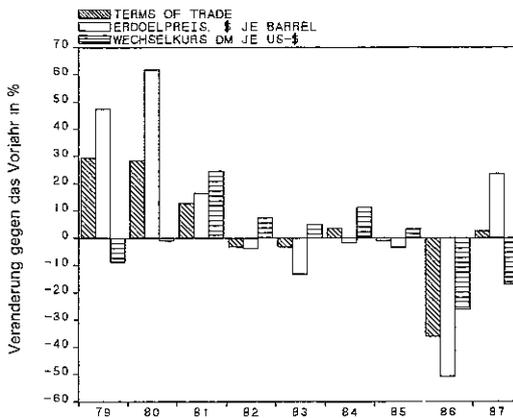
Die Zahl der Beschäftigten in der Landwirtschaft laut Arbeitskräfteerhebung gibt somit Auskunft darüber, wie viele Personen zumindest fallweise (13 Stunden pro Woche) im Agrarsektor (ohne flächenlose Betriebe) tätig sind, zuzüglich der Präsenzdienler und Karenzurlauberrinnen. Mitarbeitende Pensionisten bleiben unberücksichtigt.

Die dritte bedeutende Informationsquelle über landwirtschaftliche Arbeitskräfte sind *Statistiken der Sozialversicherungsanstalten* (Sozialversicherung der Bauern und Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger). Erhebungseinheit für Zwecke der Sozialversicherung ist die versicherte Person. Die Statistiken der Sozialversicherung der Bauern erfassen die *familieneigenen landwirtschaftlichen Arbeitskräfte* unvollständig (Nachrang der Bauernkrankenkasse, im Fall von Ehepaaren ist wahlweise nur eine Person versicherungspflichtig). Die systembedingte Untererfassung trifft insbesondere für Frauen zu. Zur Gruppe der *unselbständig Berufstätigen in der Landwirtschaft* zählen Beschäftigte und Arbeitslose. Informationen über den Bestand an *Beschäftigten*, u. a. gegliedert nach Wirtschaftsklassen, werden regelmäßig (seit 1986 monatlich) vom Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger vorgelegt. Die Zahl der *vorgemerkten Arbeitslosen* (Leistungsbezieher und Personen ohne Leistungsanspruch) wird monatlich vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales publiziert.

Ein entscheidender Vorteil der Daten aus der *Volkszählung* ist, daß hier die gesamte Bevölkerung zum gleichen Zeitpunkt und nach einheitlichen Kriterien erhoben wird und die Ergebnisse nach gleichen Richtlinien ausgewertet werden. Die verwendeten Definitionen und Abgrenzungen sind international akkordiert. Als zentraler Erhebung kommt der Volkszählung zudem besondere Sorgfalt und Beachtung zu. Die Ergebnisse liegen tief gegliedert vor. Aus den angeführten Gründen sind die Ergebnisse der Volkszählung für ökonomische und soziologische Analysen, aber auch für andere Untersuchungen von besonderer Bedeutung.

Die *land- und forstwirtschaftlichen Arbeitskräfteerhebungen* (und Betriebszählungen) liefern den umfassendsten und auch detailliertesten Einblick in das landwirtschaftliche Arbeitskräftepotential. Sie erlauben überdies die Verknüpfung mit anderen Variablen der Agrarstruktur. Für eingehende Analysen im Agrarbereich sind diese Zählungen daher unentbehr-

Abbildung 1  
Terms of Trade der UdSSR im Westhandel und  
ihre Bestimmungsgründe



Die Terms of Trade der Sowjetunion im Handel mit westlichen Industriestaaten werden vor allem durch den Erdölpreis und den Wechselkurs des Dollars gegenüber anderen westlichen Währungen bestimmt. Umgekehrt drückten 1986 sowohl die Erdölverbilligung als auch die Dollarabwertung die Terms of Trade der UdSSR, 1987 wurde die Erdölverteuerung durch die Dollarabwertung weitgehend kompensiert. 1979 und 1980 resultierten hohe sowjetische Terms-of-Trade-Gewinne aus der Erdölverteuerung, 1981 außerdem aus der Aufwertung des Dollars.



lust konnte die Sowjetunion nur durch Verringerung der Westimporte, verstärkte Inanspruchnahme westlicher Kredite sowie Ausweitung der Energieexporte überbrücken. 1987 besserten sich die Rahmenbedingungen für die Sowjetunion insofern, als der Erdölpreis im Jahresdurchschnitt um mehr als 20% über das Niveau von 1986 stieg, wobei es im Jahresverlauf erhebliche Schwankungen gab (Näheres dazu weiter unten). Ein Großteil der durch höhere Energiepreise gewonnenen Kaufkraft ging aber durch die Dollarabwertung (bzw. die relative Verteuerung der sowjetischen Westimporte) wieder verloren<sup>2)</sup>. Insgesamt kann der Terms-of-Trade-Gewinn der Sowjetunion im Westhandel im Jahr 1987 auf nur 2% bis 3% geschätzt werden<sup>3)</sup>. Für die kleinen osteuropäischen Länder

<sup>2)</sup> Der Dollar hat 1987 gegenüber dem Sonderziehungsrecht um 9,3% abgewertet, gegenüber der DM um 17,2%

<sup>3)</sup> Auf Dollarbasis sind 1987 die Preise der aus dem Westen in die Sowjetunion exportierten Güter um etwa 11% gestiegen, die Preise der aus der Sowjetunion importierten Güter um etwa 14% (die Preise für Erdgas und andere sowjetische Exportartikel stiegen schwächer als der Erdölpreis)

sind 1987 die Terms of Trade im Westhandel gleich geblieben. Die Berechnungen der Preise schließen zwar erhebliche Unsicherheitsmargen ein, die Größenordnung dürfte aber stimmen.

1986 konnte die Sowjetunion ihren Kaufkraftverlust zum Teil durch eine reale Ausweitung ihrer Lieferungen in den Westen kompensieren. Die OECD-Importe aus der Sowjetunion nahmen real um 15% zu. Die kleineren osteuropäischen Länder waren 1986 auf den westlichen Märkten weniger erfolgreich. 1987 dürften die OECD-Importe aus dem Osten real um etwa 1% bis 2% gestiegen sein. Aus der Sowjetunion wurde im 1. Halbjahr erheblich mehr importiert, in der zweiten Jahreshälfte fielen aber die Lieferungen unter das Vergleichsniveau 1986. Die Bezüge aus Osteuropa dürften sich hingegen — nach einem enttäuschenden 1. Halbjahr — im 2. Halbjahr real etwas belebt haben.

Ein längerfristiger Vergleich zeigt, daß die Exporte in die Oststaaten 1987 real nur etwa gleich groß waren wie 1975; die Gesamtexporte der OECD sind seit 1975 real um 70% gestiegen. Die Ausfuhr in die Sowjetunion erreichte 1984 ihren Höhepunkt. Seither ist sie um 27% geschrumpft. Der Markt in Osteuropa hat seinen Zenit sogar schon vor mehr als zehn Jahren überschritten; 1987 wurde in Osteuropa real um 22% weniger als 1976 abgesetzt.

Die OECD-Exporte in die Oststaaten betragen 1987 etwa 37,7 Mrd \$ (zu laufenden Preisen, +5%), die OECD-Importe 43 Mrd \$ (+14,4%). Das Handelsbilanzdefizit der OECD gegenüber den Oststaaten war — nach vorläufigen Schätzungen — mit 5 Mrd. \$ deutlich größer als 1986.

#### ČSSR und DDR gute Exportmärkte

Die Analyse des Ost-West-Handels nach Ländern — sie beruht auf nominellen Daten der Monate Jänner bis August 1987 — zeigt, daß vor allem die ČSSR und die DDR aufnahmebereite Märkte für westliche Produkte waren. Auch 1986 sind die OECD-Exporte in diese Länder überdurchschnittlich gestiegen. Polen konnte — nach Jahren mit erheblichen Importrestriktionen — wieder mehr aus dem Westen importieren. Nur wenig nahmen 1987 die OECD-Exporte nach Ungarn zu, angesichts der schwierigen Devisensituation dieses Landes keine überraschende Entwicklung. Bulgarien und Rumänien haben deutlich die Importbremse gezogen. Bulgarien finanzierte in der Vergangenheit seine Westhandelsdefizite durch Überschüsse gegenüber Entwicklungsländern, insbesondere den OPEC-Staaten (Stankovsky, 1987C). Diese Devisenquelle ist aber seit dem Verfall der Erdölpreise versiegt. Rumänien hat die Westimporte bereits auf

*Übersicht 1*

**Entwicklung von Brutto-Wertschöpfung, Beschäftigung und Produktivität in der oberösterreichischen Wirtschaft**

	Brutto-Wertschöpfung	Unselbständig Beschäftigte	Produktivität <sup>1)</sup>
			Anteile Oberösterreichs an Österreich insgesamt in %
1961	14,6	14,7	99,0
1966	14,8	14,8	99,5
1973	15,3	15,5	99,0
1977	16,0	15,9	100,5
1986	17,0	16,7	101,8

Ohne Land- und Forstwirtschaft und Energie — <sup>1)</sup> Brutto-Wertschöpfung je unselbständig Beschäftigten

gehend geläufig Wohl aber verdient Erwähnung, daß diese Leistung arbeitsintensiv erstellt wird. Der Arbeitskräftebedarf entwickelt sich nahezu proportional zum Wachstumsvorsprung der Wirtschaft, wobei das Qualifikationsniveau auf Werkstattebene (d.h. der Facharbeiter) überdurchschnittlich ist.

Die oberösterreichische Wirtschaft, genauer die Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche ohne Land- und Forstwirtschaft und Energieversorgung zu laufenden Preisen — eine Eingrenzung, die empfehlenswert erschien, um die Erwirtschaftung von Markteinkommen möglichst unverzerrt wiederzugeben —, wuchs im vergangenen Vierteljahrhundert jährlich um 0,6 Prozentpunkte mehr als in Österreich im Durchschnitt, seit 1966 um 0,7 Prozentpunkte mehr. Die Beschäftigung expandierte im wesentlichen gleich schnell, nämlich jährlich um 0,5 Prozentpunkte rascher als im Österreich-Mittel, nach 1966 um 0,6 Prozentpunkte. Die Arbeitsproduktivität verbesserte sich über die gesamte Periode der letzten 25 Jahre gegenüber dem Österreich-Mittel um jährlich 0,1 Prozentpunkte, der Index der Produktivität der gewerblichen Wirtschaft Oberösterreichs stieg von 99,0 auf 101,8 (Österreich = 100).

Diese Entwicklung zeigt ein charakteristisches Muster. Zwischen 1966 und 1973 wurden neue Kapazitäten

geschaffen, das Personal aufgestockt, die Produktivität ging verglichen mit Österreich insgesamt sogar leicht zurück. Erst der kräftige Grundstoffboom des Jahres 1974 schöpfte diese Kapazitäten voll aus, die Produktivität stieg sprunghaft. Über die Periode 1966 bis 1977 ergibt sich der gleiche mittlere relative Produktivitätszuwachs wie über die gesamte Periode. Die Schätzung einer Produktionsfunktion würde für Oberösterreich vermutlich einen etwas höheren Koeffizienten für den Faktor Arbeit ergeben. Der Vorsprung der oberösterreichischen Wirtschaft entsteht nicht durch extensives, im wesentlichen vom Kapitaleinsatz bestimmtes, sondern trotz des höheren Industrieanteils durch arbeitsintensives Wachstum. Das unterstreicht die Bedeutung des Faktors Arbeit, vor allem auch in seinem qualitativen Aspekt.

Der Wachstumsvorsprung der oberösterreichischen Wirtschaft ist nicht nur in anderen Bereichen, trotz des höheren Gewichts der Sachgüterproduktion erzielt worden, er ist im wesentlichen in diesem Sektor entstanden. Eine Standardisierung der sektoralen Entwicklung nach gesamtösterreichischen Veränderungsraten zeigt folgendes: Zwischen 1973 und 1985 wuchs die Beschäftigung unselbständiger Arbeitskräfte in Oberösterreich jährlich um 0,6 Prozentpunkte rascher als der Durchschnitt, sie wäre aber mit dem Österreich-Durchschnitt entsprechenden sektoralen Veränderungsraten um 0,3 Prozentpunkte langsamer gewachsen, da die in Österreich schrumpfende Sachgütererzeugung in Oberösterreich höheres Gewicht hat.

Einem Regionalfaktor von +0,6 entsprechen gewissermaßen ein negativer "Grobstruktureffekt" von -0,3 und ein Standorteffekt von +0,9. In der Industrie und im Gewerbe ist das Wachstumsdifferential mit 1,3% am größten und im Dienstleistungsbereich mit 0,6% am geringsten. Von den rund 44.000 Arbeitsplätzen, die aufgrund der überdurchschnittlichen Entwicklung hinaus entstanden sind, entfallen fast 28.000 auf Industrie und Gewerbe, 3.500 auf die Bauwirtschaft und 12.500 auf Dienstleistungen.

*Übersicht 2*

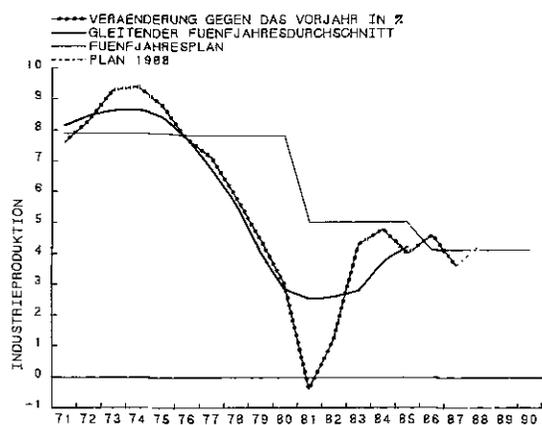
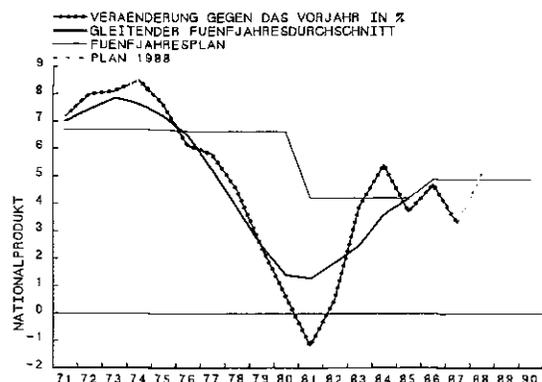
**Sektoral standardisierte Entwicklung der Beschäftigung in Oberösterreich**

	1973	1985	Unselbständig Beschäftigte 1973/1985		1985	
			Veränderung in %		Hypothetische Beschäftigtenzahl <sup>1)</sup>	Abweichung in % <sup>2)</sup>
			Oberösterreich	Österreich	Oberösterreich	
Bergbau Industrie Gewerbe	183.254	190.297	+ 3,8	- 11,3	162.546	+ 15,1
Bauwirtschaft	37.667	33.884	- 10,0	- 19,3	30.397	+ 9,3
Dienstleistungen	165.125	224.094	+ 35,7	+ 28,2	211.608	+ 7,5
Insgesamt <sup>3)</sup>	386.046	448.275	+ 16,1	+ 8,1	404.551	+ 11,3
Durchschnittliche jährliche Veränderung in %			+ 1,25	+ 0,65	+ 0,39	+ 0,85

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger Durchschnitt Jänner/Juli — <sup>1)</sup> Hypothetische Entwicklung mit gesamtösterreichischen Veränderungsraten — <sup>2)</sup> Abweichung der hypothetischen von der tatsächlichen Beschäftigtenzahl — <sup>3)</sup> Ohne Land- und Forstwirtschaft und Energie

Abbildung 1

Wirtschaftsentwicklung in Osteuropa



Der Wachstumseinbruch war 1987 in Osteuropa weniger deutlich als im RGW-Raum insgesamt, auch die Industrie war von der Wachstumsabschwächung betroffen. Die hohen Wachstumsraten vom Anfang der siebziger Jahre sind völlig außer Reichweite.



Abbildung 2

Wirtschaftsentwicklung im RGW-Raum



Nach der Krise in den Jahren 1979 bis 1981 verzeichneten die RGW-Länder 1987 neuerlich einen spürbaren Wachstumseinbruch, von dem auch die Industrie erfaßt war. Die Pläne, durch eine außerordentlich hohe Wachstumsrate im Jahr 1988 den laufenden Fünfjahresplan noch zu erfüllen, dürften kaum zu verwirklichen sein.



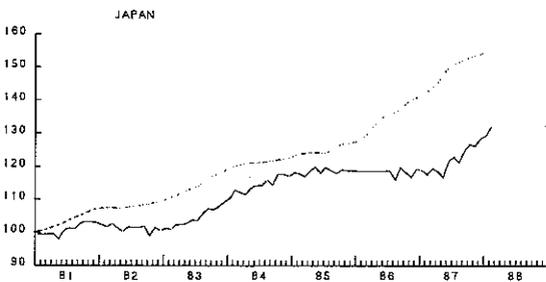
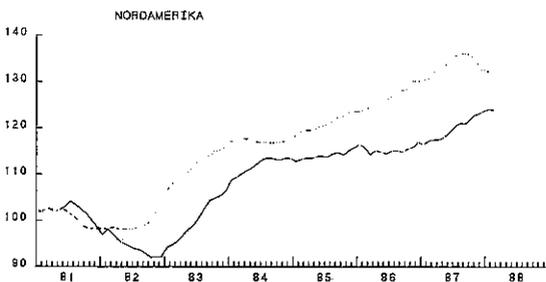
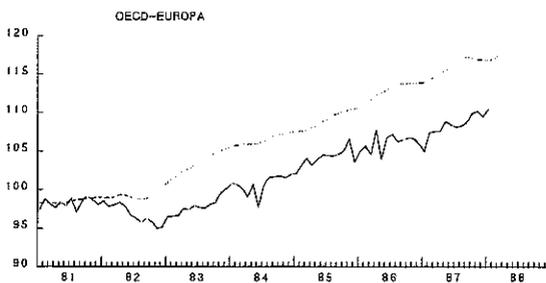
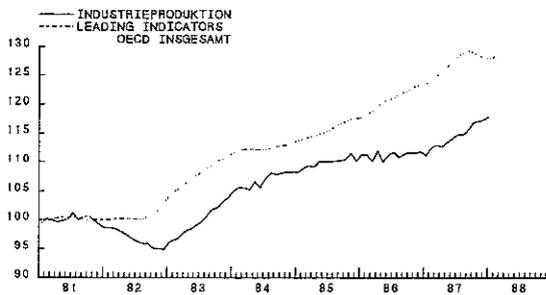
Das Wachstum der *Industrie*produktion hat sich 1987 von 4,7% auf 3,6% abgeschwächt, allerdings verzeichnete Ungarn die beste Wachstumsrate seit neun Jahren, und auch in Bulgarien hat sich nach offiziellen Statistiken das Industrietwachstum etwas beschleunigt. In der DDR konnte die Wachstumsrate der Brutto-Industrieproduktion gehalten werden, jedoch nur mit spürbarem zusätzlichem Arbeitseinsatz in gut bezahlten Sonderschichten.

In den übrigen Ländern hat sich das Industrietwachstum auch nach offiziellen Statistiken verlangsamt, besonders in Jugoslawien, Rumänien und Polen. Vor allem Versorgungsengpässe, in expandierenden Bereichen wie Konsumentenelektronik aber auch Kapazitätsengpässe spielten eine Rolle

Nach der Explosion des Braunkohlenkraftwerks in Boxberg ist auch die DDR in den Kreis der Länder eingetreten, die unter *Stromknappheit* leiden. Importe aus Österreich und Sonderschichten in anderen Kraftwerken der DDR haben nur zur Linderung der Situation beigetragen, Kapazitätsengpässe werden noch einige Jahre zu spüren sein. In Bulgarien konnte nach Inbetriebnahme eines neuen Reaktorblocks im Kernkraftwerk Kozloduj die Stromproduktion wieder auf das Niveau von 1984 angehoben werden. Eine weitere Entspannung der Versorgungslage ist in Sicht, Strom bleibt aber für private Haushalte noch rationiert. In Rumänien ist trotz vermehrter Stromimporte

Abbildung 2

**Industrieproduktion und Leading Indicators**  
Saisonbereinigt, 1980 = 100



verlusten betroffen waren) die nötige Liquidität zur Verfügung ("Lender-of-last-resort"-Verhalten), zum anderen koordinierte sich die Wirtschaftspolitik unter dem Eindruck möglicher negativer Effekte des Börsenkrachs national (USA: Budgetkompromiß) und in-

ternational besser (Stabilisierung des Dollarkurses durch Interventionen) Für den Finanzsektor hatte der Börsenkrach zweifellos eine Reihe von Konsequenzen, etwa eine Umschichtung von Aktien zu Wertpapieren, eine Verteuerung von Krediten für Investitionsprojekte durch die Einengung der Bestimmungen für den Zugang zur Börse oder eine Verschärfung der Kontrolle des "computer trading" an den Börsen.

**Prognosen für 1988 und 1989**

Angesichts der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen — relativ expansive Geldpolitik verbunden mit einer (außer in der BRD) eher restriktiven Fiskalpolitik —, der fortdauernden Schuldenproblematik in den Entwicklungsländern (deren Anpassungsbemühungen die Importnachfrage drosseln) und der Möglichkeit einer verzögerten Beeinträchtigung der Inlandsnachfrage durch den Börsenkrach ist zu erwarten, daß das Wirtschaftswachstum in den Industrieländern bei relativ geringer Inflation 1988 und — allerdings verlangsamt — 1989 anhält.

Das WIFO nimmt in einer Kompromiß-Prognose an, daß 1988 das BNP der OECD insgesamt mit +3% und der OECD-Europa mit +2,5% real rascher wachsen wird als zuletzt prognostiziert (Übersicht 1). 1989 wird sich das Wirtschaftswachstum ebenfalls weniger abschwächen, als nach dem Börsenkrach angenommen wurde (auf 2,5% in der OECD insgesamt bzw. 2% in OECD-Europa).

**Arbeitsmarkt**

Die Zahl der Beschäftigten ist in der OECD insgesamt auch 1987 — wie schon 1986 — um 1½% (gegenüber nur +¼% im langjährigen Durchschnitt 1960/1985) gewachsen. Die Zunahme war in Nordamerika um fast 2 Prozentpunkte höher als in Europa. Dementsprechend ging auch in Nordamerika (besonders in den USA) die Arbeitslosenrate deutlich, in OECD-Europa nur geringfügig zurück. Die Entwicklung war aber in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich: Einem stärkeren Rückgang in Großbritannien, in den Niederlanden, in Portugal und Spanien stand ein Anstieg in Italien, Irland, Norwegen und Österreich gegenüber. In den übrigen europäischen Ländern stagnierte sie. Angesichts der erwarteten Verlangsamung des Wirtschaftswachstums im Jahr 1989 ist in der OECD insgesamt mit keinem weiteren Rückgang zu rechnen (Arbeitslosenrate 1988 und 1989 7½% oder 29½ Mill. Arbeitslose). Einer neuerlichen Senkung der Arbeitslosigkeit in den USA steht ein Anstieg oder eine Sta-

Übersicht 1

Anteil der Sozialausgaben am Brutto-Inlandsprodukt

	Sozialausgaben insgesamt		Brutto-Inlandsprodukt nominell		Sozialausgaben in % des Brutto-Inlandsproduktes
	Mill. S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mill. S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	
1978	224 234	+ 15.0	842 332	+ 5.8	26.6
1979	243.742	+ 8.7	918 537	+ 9.0	26.5
1980	257 449	+ 5.6	994 705	+ 8.3	25.9
1981	281 439	+ 9.3	1,055 972	+ 6.2	26.7
1982	306 174	+ 8.8	1 133 535	+ 7.3	27.0
1983	325.480	+ 6.3	1 201 227	+ 6.0	27.1
1984	342.817	+ 5.3	1 278.727	+ 6.5	26.8
1985	364.603	+ 6.4	1,354 056	+ 5.9	26.9
1986	386.812	+ 6.1	1 432 530	+ 5.8	27.0
1987 <sup>1)</sup>	412 144	+ 6.5	1 487 521	+ 3.8	27.7

Q: Eigene Berechnungen. — <sup>1)</sup> Vorläufige Werte

der Steigerung erklärt sich aus der Zunahme der Zahl der Leistungsbezieher (+6¼%). Dennoch hat sich ihr Anteil an den vorgemerkten Arbeitslosen weiter verringert.

Noch mehr, um fast 15%, übertrafen die Zuschüsse, die der Bund an die Pensionsversicherung zu leisten hat, das Vorjahresniveau. In den Vorjahren hatten zum Teil Erhöhungen der Versichertenbeiträge, zum Teil die im Rahmen der Pensionsreform 1985 beschlossenen Veränderungen im Leistungsrecht die Dynamik der Bundeszuschüsse sehr gedämpft. 1987 ging dagegen die neuerliche Erhöhung der Belastungsquote (Relation zwischen Pensionen und aktiven Versicherten) wieder ganz zu Lasten des Bundes

Auch der Aufwand für Familienbeihilfen erfuhr 1987 mit +8% die stärkste Steigerung seit sechs Jahren. Maßgebend hierfür war die Anhebung der Kinderbeihilfe um 100 S, die Zahl der anspruchsberechtigten Kinder stagnierte.

Sozialversicherung: Stagnation der Versicherungszahl dämpft Beitragsaufkommen

Die Sozialversicherungsträger gaben 1987 238 Mrd. S aus. Schaltet man, um Doppelzählungen zu vermeiden, Transferzahlungen zwischen den einzelnen Versicherungsträgern aus (z. B. Krankenversicherungsbeiträge, die die Pensionsversicherung für ihre Leistungsbezieher entrichtet), so betragen die Ausgaben rund 226 Mrd. S. Somit wird gut ein Siebentel (15%) der gesamten Wertschöpfung (Brutto-Inlandsprodukt) durch die Sozialversicherung umverteilt.

Der Aufwand war um 6¼% höher als 1986. Die Steigerungsrate blieb damit ähnlich niedrig wie im Vorjahr und deutlich unter dem langfristigen Trend. Dies trifft auch für jeden der drei Versicherungszweige zu. Dennoch hielt das Aufkommen an Versicherungsbeiträgen insgesamt mit den Ausgaben nicht Schritt, es nahm um nur 4½% zu. Zwar stieg die durchschnittliche Beitragsgrundlage um mehr als 3%, doch sta-

Übersicht 2

Die Ausgaben des Bundes für soziale Sicherheit

	Arbeitslosenversicherung	Familienbeihilfen	Pensionen des Bundes	Bundesbeiträge zur Pensionsversicherung	Summe	Arbeitslosenversicherung	Familienbeihilfen	Pensionen des Bundes	Bundesbeiträge zur Pensionsversicherung	Summe
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					Anteil an den Gesamtausgaben des Bundes in %				
1978	+32.5	+44.5 <sup>1)</sup>	+11.1	-15.6	+10.9 <sup>1)</sup>	1.6	10.0 <sup>1)</sup>	7.6	8.3	27.4 <sup>1)</sup>
1979	+19.4	+6.8	+7.2	+6.5	+7.6	1.7	9.8	7.6	8.1	27.2
1980	+11.0	+3.1	+6.2	-8.3	+1.0	1.8	9.5	7.5	7.0	25.9
1981	+26.9	+8.3	+9.0	+11.1	+10.5	2.1	9.3	7.4	7.0	25.8
1982	+43.1	+7.6	+9.6	+25.9	+16.0	2.7	9.1	7.4	8.1	27.3
1983	+21.1	+0.8	+5.3	+30.4	+12.8	3.0	8.4	7.1	9.6	28.1
1984	+7.1	-2.4	+6.1	+3.7	+2.9	3.0	7.7	7.1	9.3	27.1
1985	+7.4	+4.7	+7.5	+3.5	+5.3	3.0	7.5	7.1	9.0	26.8
1986	+9.5	+2.1	+5.6	+7.0	+5.5	3.1	7.2	7.0	9.0	26.3
1987 <sup>2)</sup>	+12.4	+8.1	+5.3	+14.7	+10.1	3.4	7.5	7.2	10.0	28.1

Q: Bundesrechnungsabschluss — <sup>1)</sup> Infolge Umstellung der Familienförderung mit Vorjahreswerten nicht vergleichbar — <sup>2)</sup> Bundesvoranschlag bzw. vorläufiger Gebäungserfolg

### Wert der agrarischen Endproduktion auf Bundesebene +1%

Die *Endproduktion* der Land- und Forstwirtschaft nahm 1987 (berechnet nach dem Bundeshofkonzept) real erwartungsgemäß nur schwach zu. Infolge der Frostschäden an den Wein- und Obstkulturen war das Ergebnis im Pflanzenbau um nur +4% höher als im sehr schwachen Jahr 1986. Die Tierproduktion stagnierte; es wurden etwas mehr Rinder und Schweine vermarktet, der Bestand an Rindern wurde kräftig reduziert, die Schweinehaltung hingegen ausgeweitet. Die Produzenten boten mehr Geflügel und weniger Eier an. Die Milchlieferung wurde eingeschränkt. Der Holzeinschlag (-3%) blieb deutlich unter dem mehrjährigen Durchschnitt.

Die *agrarischen Erzeugerpreise* waren im Durchschnitt um etwa 1½% höher als im Vorjahr. Der Anstieg geht zu einem großen Teil auf eine Mißernte an Obst zurück, die die Erzeugerpreise hochtrieb. Auch Wein wurde dem knappen Angebot entsprechend teurer. Die Getreidepreise stagnierten, Zuckerrüben waren wegen geringerer Digestion billiger. Auf den Viehmärkten standen etwas höheren Schweine- und Geflügelpreisen deutliche Einbußen bei den Rinderpreisen gegenüber. Die durchschnittlichen Erlöse für Milch und Eier waren knapp höher als im Vorjahr. Die Holzpreise zogen etwas an. Betriebsmittel wurden gegenüber 1986 billiger. Damit haben sich nach leichten Gewinnen 1986 — entgegen dem längerfristigen Trend — die Austauschrelationen auch 1987 zugunsten der Land- und Forstwirtschaft verschoben. Die Verbilligung der Betriebsmittel geht vor allem auf den Dollarkursverfall und den dadurch ausgelösten Rückgang der Preise von Energie und verschiedenen Rohstoffen zurück.

Der *Wert* der agrarischen Endproduktion (berechnet nach dem Bundeshofkonzept) war mit 72,4 Mrd. S um etwa 1% höher als im Vorjahr. Im Pflanzenbau fielen insbesondere höhere Roherträge für Obst und Zuckerrüben ins Gewicht. In der Tierproduktion wurden die Einbußen der Rinderhalter durch Zuwächse aus der Schweinehaltung etwa aufgewogen. Auch Milch brachte geringere Roherträge; Prämien für freiwillige Lieferrücknahme und Milchlieferverzicht gleichen den Verlust allerdings zum Teil aus (diese Prämien werden in der Volkseinkommensrechnung als Subventionen an die Land- und Forstwirtschaft und nicht als Rohertrag verbucht). Die Endproduktion der Forstwirtschaft war um 2% geringer als im Vorjahr.

Nach Bundesländern disaggregiert und damit erweitert um die geschätzten Nettoverschickungen von Futtergetreide sowie Zucht- und Nutzvieh zwischen den Ländern ergeben die vorläufigen Berechnungen für das Jahr 1987 einen Wert der agrarischen Endpro-

duktion von insgesamt 73,8 Mrd. S (+½%) Kalkulationen zu konstanten Preisen und Berechnungen über die Entwicklung der Agrarpreise werden im Rahmen der regionalen Berichterstattung des WIFO nicht erstellt.

### Agrarische Endproduktion in den Bundesländern zwischen +2½% und -4%

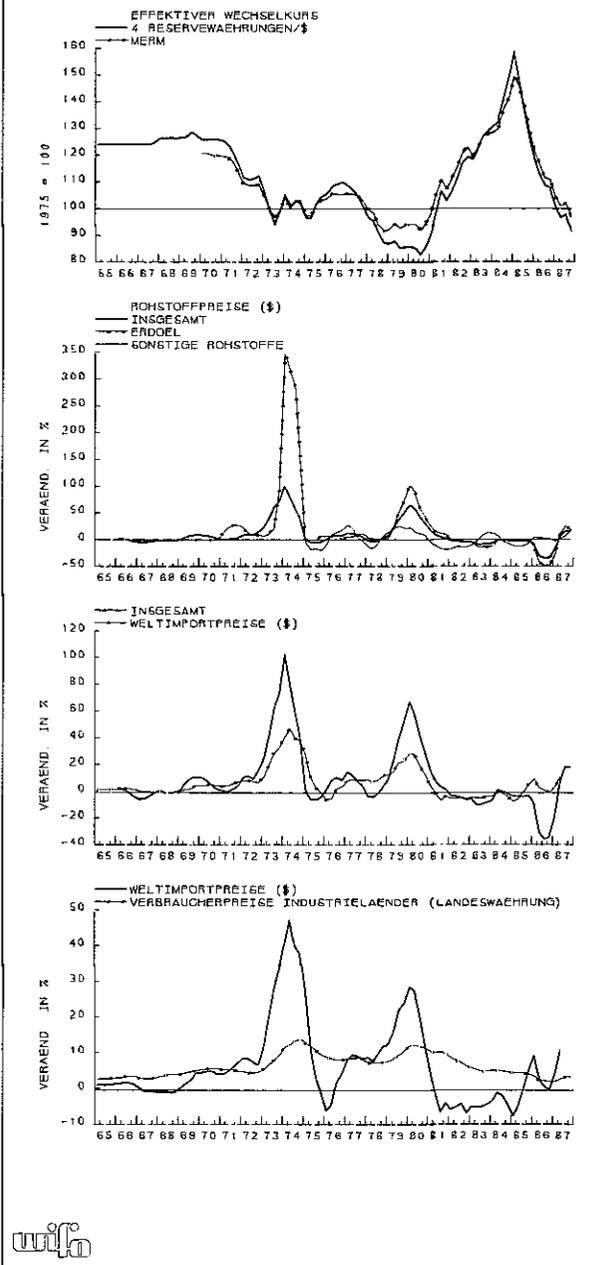
Das Erzeugungsprogramm der Land- und Forstwirtschaft ist regional verschieden. Im Osten Österreichs dominiert aufgrund der natürlichen Gegebenheiten die pflanzliche Erzeugung, die Holznutzung hat geringes Gewicht. In den westlichen Bundesländern ist die Waldausstattung viel besser, Ackerbau und Spezialkulturen sind hingegen von untergeordneter Bedeutung. Mit Ausnahme von Burgenland und Wien hat die Tierproduktion in allen Bundesländern den höchsten Anteil am Rohertrag; im Westen entfallen traditionell etwa zwei Drittel der gesamten Endproduktion auf die Tierhaltung. Ebenso ist die Struktur der Bereiche Pflanzenbau, Tierproduktion und Forstwirtschaft regional recht verschieden. Die beträchtlichen Unterschiede im Erzeugungsprogramm (*Strukturkomponente*) sind in der Regel die wichtigste Ursache regionaler Divergenzen in der Entwicklung der agrarischen Produktion und Wertschöpfung von Jahr zu Jahr. Daneben beeinflussen verschiedene lokale Einflüsse und Besonderheiten (*Standortkomponente*) die Entwicklung. Sie können regional erhebliche Unterschiede sowohl in der Erzeugung als auch im Preis einzelner Produkte bewirken.

1987 stagnierte die agrarische Endproduktion dem Wert nach in den meisten Bundesländern auf dem mäßigen Niveau des Vorjahres. Nur in der Steiermark konnte der Rohertrag deutlich erhöht werden: (+2½%); in Vorarlberg (-4%) und Kärnten (-2½%) gab es deutliche Einbußen. Die steirische Landwirtschaft profitierte von der kräftigen Erholung der Obstpreise. Daneben stiegen entgegen der allgemeinen Tendenz in der Steiermark die Erträge aus Tierhaltung und Holznutzung. In Vorarlberg drückten Einbußen in der Rinder- und Milchproduktion das Ergebnis, in Kärnten eine ungünstige Entwicklung der Forstwirtschaft, die hier besonders hohes Gewicht hat. Im Burgenland, in Oberösterreich und Salzburg wurden die Erträge des Jahres 1986 nur knapp verfehlt, in Niederösterreich, Wien und Tirol leicht übertroffen.

In *Niederösterreich*, wegen seiner Größe und günstiger natürlicher Gegebenheiten das bedeutendste Agrarland Österreichs, war die agrarische Endproduktion 1987 insgesamt um etwa 1% höher als im Vorjahr. Die einzelnen Produktionssparten entwickelten sich sehr unterschiedlich. Einem deutlichen Zu-

Abbildung 1

Entwicklung von Dollarkurs und Weltinflation



gebot auf dem Erdölmarkt, und der Erdölpreis sank im Lauf des Jahres 1986 auf etwa die Hälfte; er hat sich seither nur wenig erholt

**Dollarzins, Dollarkurs und internationale Währungsspekulation**

Die Kursschwankungen zwischen dem Dollar und den anderen Reservewährungen werden seit dem Zu-

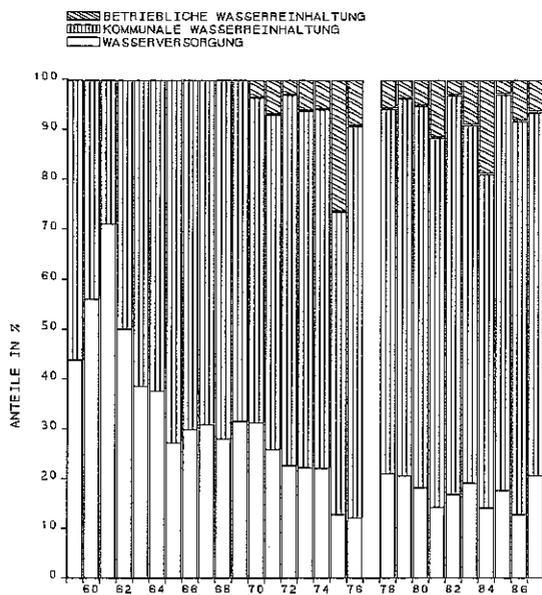
sammenbruch des Systems von Bretton Woods zunehmend von kurzfristigen Transaktionen der professionellen Devisenhändler bestimmt. So setzten sie weltweit 1986 pro Tag durchschnittlich 354 Mrd. \$ um, etwa das 40fache des Welthandelsvolumens (Schulmeister, 1987). Auch der unmittelbare Einfluß der langfristigen Kapitaltransaktionen auf die Kursbildung ist gering: Das gesamte Transaktionsvolumen im DM-Dollar-Handel etwa betrug (1986) 118 Mrd. \$, davon entfielen nur rund 2 Mrd. \$ auf den langfristigen Kapitalverkehr (Schulmeister, 1987).

Kurzfristig bildet die Entwicklung des Dollarkurses eine Folge von Kursschüben oder "runs" (der Kurs bewegt sich mehrere Stunden oder Tage in die gleiche Richtung) und erratischen Schwankungen. Das wiederholte Auftreten von Kursschüben erklärt sich aus dem spekulativen Verhalten der Devisenhändler; erwartet man etwa aufgrund einer neuen Information, daß der Dollar kurzfristig aufwerten wird (weil z. B. das verlaubliche Handelsbilanzdefizit der USA niedriger ist als allgemein angenommen), so werden Dollar Guthaben gekauft und nach wenigen Tagen mit Gewinn wieder verkauft. Je einheitlicher die Erwartungen der Devisenhändler, desto stärker wirkt ihr Verhalten "self-fulfilling", da ihre Dispositionen den Wechselkurs in die erwartete Richtung treiben (eine detaillierte Analyse der kurzfristigen Wechselkursdynamik findet sich in Schulmeister, 1987).

"Überschießende" Dollarauf- bzw. -abwertungen entstehen, wenn Wechselkursschübe über mehrere Jahre in eine Richtung länger dauern als die jeweilige Gegenbewegung. So dauerten etwa die Aufwertungsschübe im DM-Dollar-Handel zwischen Oktober 1980 und Februar 1985 im Durchschnitt um 2,6 Tage länger als die Abwertungsschübe, wodurch der Dollarkurs stufenweise von 1,80 DM auf 3,47 DM stieg. Dieses für die Interpretation der mittelfristigen Dollarzyklen entscheidende Phänomen läßt sich folgendermaßen erklären: Auf dem Devisenmarkt herrscht mittelfristig eine "Grundstimmung" für oder gegen den Dollar, die kurzfristige Transaktionen im Devisenhandel mit beeinflusst. Eine solche "Grundstimmung" ("expectational bias") ist typisch für alle spekulativen Märkte ("bull market" oder "bear market"). Ist die Marktstimmung für den Dollar, so werden die Devisenhändler bei einem Aufwertungsschub höhere offene Währungspositionen aufbauen und diese auch länger halten als im Fall eines Abwertungsschubs. Dementsprechend dauern Aufwertungsschübe in einer Stimmung für den Dollar länger als Abwertungsschübe, und das läßt den Kurs über mehrere Jahre stufenweise ansteigen (wie 1980/1985). Umgekehrt verläuft die Entwicklung in Phasen, wenn der Markt mittelfristig "bearish on the dollar" ist (etwa vom März 1985 bis zur Jahreswende 1987/88).

Abbildung 1

**Anteile der Wasserwirtschaftsbereiche an den vom WWF bereitgestellten Förderungsmitteln**



Seit 1978 haben sich die Anteile der einzelnen Wasserwirtschaftsbereiche am Förderungsvolumen kaum verändert.



wie Mur, Salzach und Traun werden hauptsächlich von Einleitungen der Papier- und Zellstoffindustrie belastet. Dementsprechend vergab der Fonds zwei Drittel der zwischen 1970 und 1987 zuerkannten Förderungsmittel an Betriebe der Zellstoff- und Papiererzeugung und Holzverarbeitung.

Übersicht 1

**Zwischen 1970 und 1987 genehmigte betriebliche Abwasserreinigungsanlagen**

	Investitionskosten		Förderung	
	Mill. S	Anteile in %	Mill. S	Anteile in %
Bergbau, Eisen- Metallhütten				
Erdölindustrie	992	7,9	549	8,3
Steine- und Erdenindustrie	103	0,8	55	0,8
Glas- und Porzellanindustrie	34	0,3	18	0,3
Elektroindustrie	48	0,4	24	0,4
Maschinen- und Metallwarenindustrie	316	2,5	165	2,5
Leder- und Textilindustrie	296	2,4	164	2,5
Zellstoff-, Papier- und Holzindustrie	8.141	65,2	4.196	63,5
Chemische Industrie	1.772	14,2	1.013	15,3
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	787	6,3	426	6,4
Insgesamt	12.490	100,0	6.610	100,0

Q: Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds

**Wasserrechtsgesetz**

Wiederverlautbarung BGBl. 215/1959, Änderungen BGBl. 238/1985

*Zielsetzung Reinhaltung der Gewässer*

Es soll gewährleistet sein, daß

- die Gesundheit von Mensch und Tier nicht gefährdet wird
- Grund- und Quellwasser als Trinkwasser verwendet werden kann,
- Tagwasser zum Gemeingebrauch sowie zu gewerblichen Zwecken benutzt werden können,
- Fischwässer erhalten und
- eine Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes und sonstige fühlbare Schädigungen vermieden werden können.

*Maßnahmen*

Das umweltpolitische Instrumentarium im Bereich der Wasserreinigung stützt sich auf die Bewilligungspflicht der Wassernutzung. Grundsätzlich sind alle Einwirkungen auf Gewässer, die deren Beschaffenheit unmittelbar oder mittelbar beeinträchtigen, bewilligungspflichtig, wenn sie nicht bloß geringfügig sind oder dem Gemeingebrauch oder der üblichen land- und forstwirtschaftlichen Bodennutzung entsprechen. Im besonderen sind bewilligungspflichtig:

- die Einbringung von Stoffen in festem, flüssigem oder gasförmigem Zustand in Gewässer mit den dafür erforderlichen Anlagen,
- Einwirkung auf Gewässer durch ionisierende Strahlung oder Temperaturänderung,
- Maßnahmen, die zur Folge haben, daß durch Eindringen von Stoffen in den Boden das Grundwasser verunreinigt wird,
- die Reinigung von gewerblichen und städtischen Abwässern durch Verrieselung oder Verregnung,
- eine erhebliche Änderung von Menge oder Beschaffenheit der bewilligten Einwirkung

Es besteht eine an die Allgemeinheit gerichtete öffentlich-rechtliche Reinhaltungsverpflichtung, für allfällige Schäden haftet der Verursacher

Ansuchen um die Verleihung von wasserrechtlichen Bewilligungen sind an die zuständige Wasserrechtsbehörde zu richten. Als Wasserrechtsbehörden fungieren die Bezirksverwaltungsbehörde, der Landeshauptmann und das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft. Die Wasserrechtsbehörde kann die Bewilligung mit Auflagen zur Abwasserreinigung verknüpfen

Viefach ist es aufgrund aktueller wasserwirtschaftlicher Entwicklungen erforderlich und mit Hilfe neuerer Technologien möglich, die Emissionsstandards der alten bewilligten Abwasserleitungen zu reduzieren. Die Behörde kann den Berechtigten im Rahmen der vom Gesetz umschriebenen Zumutbarkeit zu Verbesserungs- bzw Anpassungsmaßnahmen verhalten. Zumutbar ist die Anpassung dann, wenn sie technisch möglich und wirtschaftlich vertretbar ist. Die wirtschaftliche Zumutbarkeit ist im Lichte der bestehenden Möglichkeiten einer Förderung durch den Wasserwirtschaftsfonds zu sehen

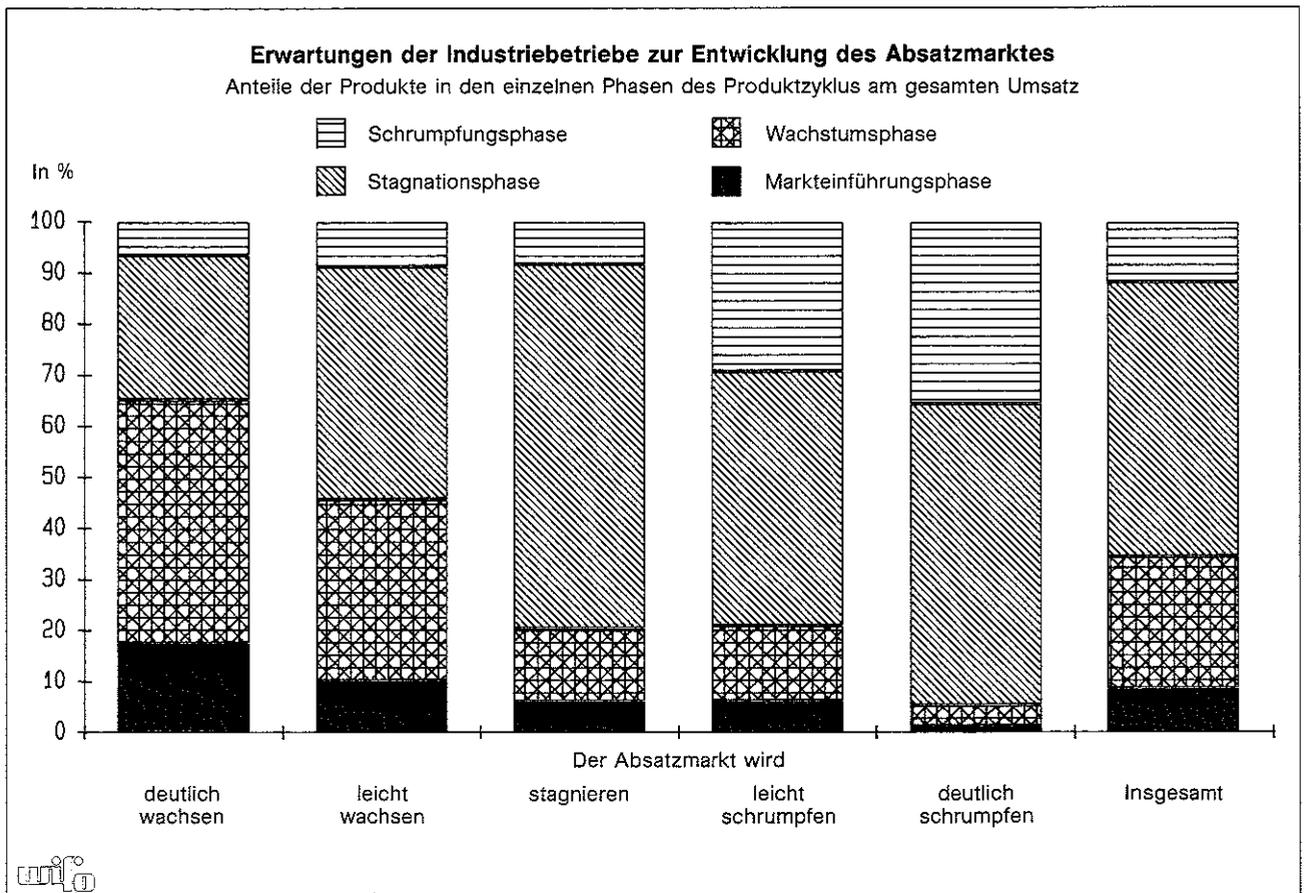
1985 haben 35,6% der Industriebetriebe Produktinnovationen und 27,4% Prozeßinnovationen eingeführt, begonnen oder abgebrochen. Insgesamt haben damit 43% aller Industriebetriebe Innovationen unternommen. Der Anteil der "Innovatoren" nimmt mit der Betriebsgröße deutlich zu. Mit Ausnahme der größten Betriebe (mit mehr als 1.000 Beschäftigten) haben Produktinnovationen größere Bedeutung als Prozeßinnovationen.

Besonders hoch ist die Innovationsrate (Anteil der Betriebe, die Innovationen eingeführt haben) in der Eisenerzeugung (67%), Elektroindustrie (59%) und Lederverarbeitung (58%), etwas geringer im Maschinenbau (51%), in der Papiererzeugung (47%) und in der Glasindustrie (47%). Bekleidungsindustrie (9%) und Ledererzeugung (14%) sind hingegen die Schlußlichter.

Die durchschnittliche Innovationsrate ist in der österreichischen Industrie (insgesamt 37%) deutlich niedriger als in der BRD (66,6%) und in Italien (69,3%). Allerdings sind die Ergebnisse für Italien mit denen für Österreich nicht unmittelbar vergleichbar, weil die Erhebung die in den letzten 5 Jahren (1980 bis 1984) eingeführten Innovationsprojekte erfaßte. Der Rückstand gegenüber der BRD erklärt sich hingegen aus der Struktur der Industrie: In Österreich haben Kleinbetriebe einen größeren Anteil als in der BRD. In den einzelnen Betriebsgrößenklassen erreicht die Innovationsrate in Österreich fast das Niveau der BRD, in den Großbetrieben (mit mehr als 1.000 Beschäftigten) liegt sie sogar darüber (84,4% gegenüber 77,8%)

Der Innovationskoeffizient (Innovationsaufwand in Prozent des Umsatzes der Betriebe, die Innovationen tätigen) beträgt in Österreich 3,7%, die Innovationsquote (Innovationsaufwand in Prozent des Umsatzes aller Betriebe) 2,6%. Besonders hohe Werte dieser Kennzahlen erreichen die Elektroindustrie und die chemische Industrie (Koeffizient 14% bzw. 7%), die niedrigsten Werte sind in der NE-Metallindustrie und in der Eisenerzeugung zu verzeichnen (jeweils 1%). Der Innovationskoeffizient bleibt im Durchschnitt der österreichischen Industrie unter dem der BRD (4,5%), zum Teil wiederum infolge der unterschiedlichen Betriebsgrößenstruktur. Der Rückstand der Innovationsaufwendungen ist jedoch geringer als der Rückstand im Aufwand für Forschung und Entwicklung.

Der Mangel an Eigenkapital wird von knapp über 50% der Betriebe als wichtigstes Innovationshemmnis genannt (Mehrfachnennungen möglich), gefolgt von der Unsicherheit über die Marktentwicklung (37%) und



Die Übersichten 5 bis 8 geben jene Daten wieder, auf denen die laufende Berichterstattung über die Entwicklung der Arbeitskosten der verarbeitenden Industrie basiert: die Entwicklung der Arbeitskosten pro Stunde, der realen Stundenproduktivität, der Lohnstückkosten und der Wechselkurse

**Methodische Anmerkung**

Für Österreich gibt es nur im Rahmen der Input-Output-Analyse<sup>5)</sup> eine disaggregierte Faktorkostenrechnung. Ausgehend von der für 1976 ermittelten Höhe der indirekten Steuern und Subventionen wurde anhand der Entwicklung der Gesamtwirtschaft ihr weiterer Verlauf geschätzt. Die so errechneten Werte für 1981 und 1985 wurden vom Netto-Produktionswert zu Marktpreisen der einzelnen Branchen abgezogen.

<sup>5)</sup> Österreichisches Statistisches Zentralamt, "Input-Output-Tabelle 1976", Beiträge zur österreichischen Statistik 1986 (769/1), (769/2), (769/3)

Die Erdölindustrie und die Tabakindustrie blieben aus den Berechnungen ausgenommen; einerseits beeinflussen sie die internationale Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Industrie kaum, und andererseits haben in beiden Branchen die indirekten Steuern so hohes Gewicht, daß Fehler in der Hochschätzung das gesamte Ergebnis beeinträchtigen könnten.

Das Basisjahr 1976 gab die Input-Output-Tabelle vor, und 1985 war der jüngste Zeitpunkt, für den Daten aus der Industriestatistik verfügbar waren. Die Untersuchung basiert für Österreich auf der Industriestatistik (2. Teil) des Österreichischen Statistischen Zentralamtes und für die Bundesrepublik Deutschland auf der Fachserie 4 (Reihe 4) des Statistischen Bundesamtes Wiesbaden.

Auf eine Analyse der Unterschiede zwischen den österreichischen Industriebranchen wird hier weitgehend verzichtet, da sich ein solcher Vergleich bereits im Strukturbericht des WIFO findet (Guger, 1987). Die Branchen- und Sektorenabgrenzung entspricht jener im Strukturbericht 1986.

Übersicht 1

**Industrieproduktion zu Marktpreisen in Österreich und in der Bundesrepublik Deutschland**  
 Netto-Produktionswert je Beschäftigten

	Österreich			BRD			BRD		
	1 000 S			1 000 S			Österreich = 100		
	1976	1981	1985	1976	1981	1985	1976	1981	1985
Bergwerke Magnesitindustrie	240,6	342,7	523,6	370,3	456,2	555,9	153,9	133,1	106,2
Eisenhütten	214,4	267,3	498,6	314,2	345,6	473,0	146,5	129,3	94,9
Stein- und keramische Industrie	279,2	412,0	507,4	357,1	434,1	497,1	127,9	105,4	98,0
Glasindustrie	250,3	369,8	559,0	317,2	415,6	470,0	128,7	112,4	84,1
Chemische Industrie	283,3	366,0	477,7	408,1	468,2	590,2	154,9	127,9	123,6
Papierherzeugung	290,4	429,2	598,4	371,0	478,7	658,4	127,7	111,5	110,0
Papierverarbeitung	221,3	339,6	412,3	289,1	361,9	462,3	130,7	106,6	112,1
Holzverarbeitung	187,1	291,4	340,5	294,0	370,4	402,4	157,1	127,1	118,2
Nahrungsmittelindustrie <sup>1)</sup>	298,3	394,0	500,6	398,3	444,5	468,1	133,5	112,8	93,5
Lederherzeugung und -verarbeitung	148,6	201,9	232,6	207,0	266,5	295,1	139,3	132,0	126,9
Gießereindustrie	217,1	288,7	373,7	306,4	379,5	445,9	141,1	131,4	119,3
Metallhütten	219,3	342,5	499,6	335,5	426,6	581,8	153,0	124,6	116,5
Maschinen- und Stahlbau	237,1	335,9	420,4	328,2	409,9	504,9	138,4	122,0	120,1
Fahrzeugindustrie	210,1	273,5	450,1	362,0	425,6	525,8	172,3	155,6	116,8
Eisen- und Metallwaren	183,5	276,2	368,2	284,5	363,3	419,1	155,1	131,5	113,8
Elektroindustrie	222,6	297,1	394,8	297,6	386,0	489,0	133,7	129,9	123,9
Textilindustrie	162,6	249,4	316,4	246,0	297,0	370,3	151,3	119,1	117,0
Bekleidungsindustrie	131,2	181,0	214,8	197,1	238,3	279,5	150,2	131,7	130,1
Insgesamt									
Ohne Erdöl- und Tabakindustrie	220,5	310,7	416,3	328,7	401,9	492,8	149,0	129,3	118,4
Ohne Bergwerke und Magnesitindustrie	220,0	310,0	414,2	327,1	399,9	490,5	148,6	129,0	118,4
Basissektor	233,4	316,6	505,1	337,7	407,5	526,0	144,7	128,7	104,1
Chemie	283,3	366,0	477,7	408,1	468,2	590,2	154,9	127,9	123,6
Baustoffbranchen	233,2	351,5	440,3	326,6	404,1	452,8	140,1	115,0	102,9
Technische Verarbeitungsgüter	215,5	302,5	404,8	321,1	401,3	494,7	149,0	132,6	122,2
Traditionelle Konsumgüter	200,1	282,5	352,0	289,9	350,3	401,6	144,9	124,0	114,1

Basissektor: Bergwerke Magnesitindustrie, Eisenhütten, Metallhütten, Papierherzeugung, Gießereindustrie  
 Baustoffbranchen: Stein- und keramische Industrie, Glasindustrie, Holzverarbeitung  
 Technische Verarbeitungsgüter: Maschinenindustrie, Fahrzeugindustrie, Eisen- und Metallwarenindustrie, Elektroindustrie,  
 Traditionelle Konsumgüter: Papierverarbeitung, Nahrungsmittel<sup>1)</sup>, Lederherzeugung und -verarbeitung, Textil- und Bekleidungsindustrie  
 Ohne Mehrwertsteuer — <sup>1)</sup> Ohne Tabakindustrie

chende — Märkte bewirkt *Synergie-Effekte* sowie eine "*kritische Dichte*" der Marktdurchdringung und ist somit eine effiziente Strategie zur Exportsteigerung.

- Die Wirtschaftspolitik sei imstande, die Bemühungen um die Erschließung von Märkten für den österreichischen Export sinnvoll zu unterstützen
- Die Anzahl der Schwerpunktmärkte soll, den begrenzten Ressourcen der österreichischen Wirtschaft gemäß, nicht groß sein.

Die Markttheorie unterscheidet drei Stadien der Marktdurchdringung: sporadische Marktkontakte, die systematische, jedoch suboptimale extensive Marktbearbeitung und letztlich die intensive Marktdurchdringung. Die Relation zwischen Ertrag und Aufwand sinkt bis zum Erreichen einer *kritischen Dichte* der Marktdurchdringung und steigt danach. Das Ausmaß der kritischen Dichte hängt in erster Linie von der Größe, darüber hinaus jedoch auch von der Struktur der ausländischen Märkte, von Informationsnetzen und anderen Faktoren ab.

### Das Konzept der Export-Schwerpunktländer

Jedes Verfahren zur Auswahl von Schwerpunktländern für den Export enthält subjektive Elemente. Doch gibt es objektive Kriterien, an denen sich aus gesamtwirtschaftlicher Sicht künftige Marktstrategien orientieren sollten. Anhand dieser Kriterien wurden in einem mehrstufigen Verfahren Schwerpunktländer für den österreichischen Export ausgewählt:

- Im ersten Schritt wurden die potentiellen Märkte nach der Dynamik ihres *Wirtschaftswachstums* und der Stärke ihrer *Importnachfrage* gereiht.
- Der zweite Schritt bezog die internationale *Bonität* der in Frage kommenden Länder in die Bewertung ein. Länder mit unzureichender Bonität fielen heraus.
- Im dritten Schritt wurde geprüft, ob oder wie weit die jeweilige *Importnachfrage* der möglichen Schwerpunktländer mit dem (im internationalen Wettbewerb erprobten) *Exportangebot* Österreichs übereinstimmt. Es liegt nahe, die kurz- und mittelfristigen Exportanstrengungen nicht auf Länder zu konzentrieren, die überwiegend Nahrungsmittel und Rohstoffe oder aber Pkw, EDV-Geräte u. a. — von Österreich nicht (oder nur wenig) produzierte und exportierte Produkte — importieren.
- Jene Länder, die nach diesen drei Kriterien am besten abschnitten, wurden im vierten Schritt der Studie einer *Gesamtbewertung* unterzogen und dementsprechend als Schwerpunktländer für den

österreichischen Export bezeichnet. Die Länderauswahl soll künftig laufend überprüft und den veränderten Gegebenheiten angepaßt werden<sup>1)</sup>.

Damit sich der zur Markterschließung erforderliche Aufwand lohnt, sollten die Schwerpunktländer eine gewisse *Mindestgröße* nicht unterschreiten. Als Untergrenze wurde eine Bevölkerungszahl von 2,5 Millionen gewählt.

Als Grundlage für die weitere Analyse dienen 17 volkswirtschaftliche Kennzahlen (Basisindikatoren, siehe Kasten). Diese Daten standen für insgesamt

<sup>1)</sup> So sind derzeit im Rahmen der verfahrensmäßigen Exportförderung die bereits relativ hohen Obligi oder die nicht ausreichende Bonität einzelner Länder Grund für gewisse Vorbehalte. Dies muß jedoch andere Maßnahmen der Exportförderung nicht beeinträchtigen.

### Basisindikatoren

#### Allgemeine Kennzahlen

Bevölkerung, 1985,  
 BIP pro Kopf, 1985, in \$,  
 BIP pro Kopf, durchschnittliche jährliche Veränderung 1965/1985 in %, real,  
 BIP, durchschnittliche jährliche Veränderung 1980/1985 in %, real,  
 Industrieproduktion (Manufacturing), durchschnittliche jährliche Veränderung 1980/1985, real.

#### Außenhandelskennzahlen

Exporte, durchschnittliche jährliche Veränderung 1965/1980 in %, real,  
 Exporte, durchschnittliche jährliche Veränderung 1980/1985 in %, real,  
 Importe, durchschnittliche jährliche Veränderung 1965/1980 in %, real,  
 Importe, durchschnittliche jährliche Veränderung 1980/1985 in %, real,  
 Importe, 1985, nominell, Mill \$,  
 Importe pro Kopf, 1985, in \$,  
 Maschinenimporte, 1965, Anteil am Gesamtimport in %,  
 Maschinenimporte, 1985, Anteil am Gesamtimport in %,  
 Sonstige Fertigwaren, 1965, Anteil am Gesamtimport in %,  
 Sonstige Fertigwaren, 1985, Anteil am Gesamtimport in %,  
 Fertigwaren, 1965, Anteil am Gesamtimport in %,  
 Fertigwaren, 1985, Anteil am Gesamtimport in %.

Jahr um 1,6% (1987/1990) wachsen wird, zwischen 1990 und 2000 um 2,0% pro Jahr. Vor 1973 betrug das Wirtschaftswachstum in Österreich im längerfristigen Durchschnitt 5,1% pro Jahr (1965/1973). Es verlangsamte sich in den siebziger Jahren auf 2,9% (1973/1980), in den achtziger Jahren sogar auf 1,6% (1980/1987).

Die Wirtschaftsprognose für Österreich liegt damit im Rahmen der internationalen Vorschauen und berücksichtigt auch die für Österreich verfügbaren mittelfristigen Prognosen (IHS, 1987, und Schebeck, 1988). Sie ist allerdings bewußt vorsichtig. In den vergangenen Jahren hatte Österreich einen deutlichen Wachstumsrückstand gegenüber Westeuropa. Die Bemühungen um eine Konsolidierung des Staatshaushalts engten den wirtschaftspolitischen Spielraum ein und dämpften die öffentlichen Investitionsausgaben. Veraltete Strukturen in Teilen der Großindustrie führten zu Wettbewerbsnachteilen und zu sinkenden Verkaufsteilen auf schrumpfenden Märkten. Diese Strukturbereinigungsprozesse sind noch nicht abgeschlossen. Die bevorstehende Errichtung eines einheitlichen Binnenmarktes der EG-Staaten wird zusätzliche Bemühungen zur Anpassung erfordern, was mit neuerlichen kurzfristigen Wachstumseinbußen verbunden sein könnte.

Die WIFO-Energieprognose von 1985 hatte auf einem längerfristigen Wirtschaftswachstum um 2% pro Jahr (1985/2000) aufgebaut. Tatsächlich ist aber das Produktionswachstum zuletzt schwächer gewesen als erwartet. Nach der jüngsten Schätzung wird das reale BIP Österreichs im Jahr 2000 um 32% höher sein als 1987, jedoch um gut 2% niedriger, als vor drei Jahren angenommen.

## Günstige Aussichten für die weitere Entwicklung der Energiepreise

Die starke Energieverteuerung in den siebziger Jahren und die plötzliche Energieverbilligung Mitte der achtziger Jahre haben die Weltwirtschaft in heftige Turbulenzen gebracht. Innerhalb von acht Jahren stiegen die Preise von Erdöl, dem weltweit wichtigsten Energieträger, von 3 \$ je Barrel (1973) auf 33 \$ je Barrel (1981) (Auf dem Spotmarkt wurden 1980/81 zeitweise sogar über 40 \$ je Barrel erlöst.) Die Preisanhebung erfolgte in zwei Schüben. 1973/74 verteuerte die OPEC erstmals ihre Exporte kräftig. Die Preiskorrektur wurde damals durch die Verstaatlichung der Erdölförderung in den OPEC-Staaten ermöglicht, und die vorangegangenen erheblichen realen Erlöseinbußen infolge der Dollarabwertung begünstigten Preis- und Angebotsabsprachen der Kartellmitglieder. Der zweite Erdölpreissprung erfolgte 1979/81. Der Preisauftrieb wurde durch hektische Lagerkäufe der Verbraucherstaaten zusätzlich verstärkt. Die Industriestaaten befanden sich in einem Konjunkturaufschwung und fürchteten Wachstumseinbußen infolge der von der OPEC geplanten Reduzierung der Erdölförderung. Außerdem drohten Kürzungen der Erdölexporte des Iran, zuerst wegen der politischen Änderungen im Land, später wegen des Golfkrieges.

Die hohen Energiepreise waren aber nicht über längere Zeit zu halten. Die Anpassungen an die neuen Handelsströme und an die geänderten Terms of Trade störten die Entwicklung der Weltwirtschaft empfindlich. Sie geriet in eine lang anhaltende Flaute mit schrumpfender Produktion der energieintensiven

Übersicht 2

### Gesamtenergiebilanz

	1973	1979	Ergebnisse			1990	Prognose	
			1985	1986	1987		1989	2000
			TJ				TJ	
Erzeugung	354 535	363 487	350 378	349 080	368 550	351 406	352 594	351 584
Einfuhr	606 819	714 251	719 404	722 669	725 633	719 781	740 361	776 564
Aufkommen	961 354	1 077 738	1 069 782	1 071 749	1 094 182	1 071 187	1 092 954	1 128 148
Lager	-17 412	-39 854	-4 240	-23 166	-11 240	0	0	0
Ausfuhr	29 423	34 154	66 721	51 780	56 546	40 070	38 879	39 565
Gesamtenergieverbrauch	914 519	1 003 730	998 821	996 803	1 026 396	1 031 117	1 054 076	1 088 583
Umwandlung	724 817	805 395	721 171	719 394	749 547	763 367	783 372	818 539
Erzeugung abgeleiteter Energieträger	620 823	690 801	606 563	610 766	636 022	652 042	672 671	698 805
Nichtenergetischer Verbrauch	59 627	72 111	71 376	70 774	78 096	79 007	82 117	86 700
Verbrauch des Sektors Energie	37 739	40 950	48 396	52 869	55 337	54 368	54 346	55 395
Netzverluste	16 219	14 068	14 107	14 383	13 604	15 448	16 650	17 750
Energetischer Endverbrauch	696 941	761 807	750 333	750 150	765 834	770 970	790 362	809 004
Industrie	241 266	257 931	236 738	225 771	232 796	223 958	219 279	225 555
Verkehr	167 947	183 781	184 762	190 114	190 255	200 149	209 699	211 464
Kleinabnehmer	287 727	320 094	328 833	334 265	342 784	346 863	361 384	371 985

1986 und 1987 vorläufige Ergebnisse

und Beteiligungen nur 40 feindliche Übernahmen und 110 freiwillige oder letztlich ausgehandelte Übernahmeangebote. Die anderen mehr als 3.000 Transaktionen kamen durch Verhandlungen zwischen Übernehmer und Zielfirma zustande (Jensen, 1988, S 22). Allerdings ist nicht bekannt, wie viele dieser letztlich "freundlichen" Übernahmen auf ursprünglich "feindliche" Absichten zurückgehen

Eine wachsende Reihe von Kommentatoren sieht durch diesen Übernahmeboom die Integrität der Kapitalmärkte und die Sicherheit der Finanzinstitutionen zunehmend gefährdet (Rohatyn, 1986, S 31), da Innovationen im Finanzierungsbereich (z B "junk bonds") den Spielraum für industriefremde Spekulanten und Arbitrageure ungeahnt erweiterten (Spekulation, "insider trading") Zudem hätten durch diese Hysterie feindliche Übernahmeangebote eine empfindliche Verschlechterung der Kapitalstruktur sonst gesunder Firmen (sowohl unter den Käufern als auch unter den Verkäufern) zur Folge, die dann wirtschaftlichen Schwankungen ungeschützt ausgesetzt wären: Die Junk-bond-Finanzierung (siehe Kasten) erfordert bei erfolgreicher Übernahme hohe Zinszahlungen, die Finanzmittel aus produktiver Verwendung abziehen

1986 und 1987 wurden — oft nicht durch den Markt, sondern durch private Transaktionen — mehr als 100 Mrd \$ an junk bonds plazierte; im Boomjahr 1984 wurde Eigenkapital der Kapitalgesellschaften in den USA im Ausmaß von 100 Mrd \$ durch Fremdkapital unterschiedlichster Provenienz ersetzt. Diese Finanzinnovationen tragen dazu bei, daß Spekulationen durch "raider" (siehe Kasten) ermöglicht werden, die kurzfristig erhebliche Summen mobilisieren können, raschen Gewinn suchen und oft nicht an dem aufgekauften Unternehmen selbst, sondern an seiner bestmöglichen finanziellen Verwertung interessiert sind. Das bedeutet in vielen Fällen Zerschlagung, Verkauf der "besten" Teile und Liquidierung des Rests. Junk-bond-Finanzierung hat den bislang effektivsten Schutzschild gegen unerwünschte Übernahmen, nämlich die Firmengröße, unterlaufen: Da zur Übernahme kaum mehr Eigenkapital nötig ist, können auch Kleine Große "fressen" und tun dies auch zunehmend. Heute sind die weltgrößten Firmen nicht mehr vor solchen Angriffen durch Finanzinvestoren sicher. Dies macht den veränderten Charakter der laufenden Fusionswelle aus und macht sie industriepolitisch so bedenklich: Riesige Summen anlagensuchenden Kapitals sind ausschließlich an möglichst hoher, rascher Verzinsung und nicht an längerfristigen industriepolitischen Zielen interessiert. In den USA und in Großbritannien sind dadurch bereits wichtige Teile der "industrial base" zerstört worden

Andere Kommentatoren (meist stark neoklassisch orientierte Finanzanalytiker) sehen gerade in diesen

### Glossarium der "Fusionsszene"

*disclosure rules*: Veröffentlichungsgebote: In den USA muß der Erwerb von mehr als 5% der Aktien eines Unternehmens innerhalb von zehn Tagen der Aufsichtsbehörde mitgeteilt werden, ebenso der Zweck des Aktienkaufs und die Identität des Aufkäufers.

*friendly takeover*: Firmenübernahme mit Zustimmung des betroffenen Managements.

*unfriendly, hostile takeover*: Übernahmeversuch ohne Zustimmung des betroffenen Managements.

*golden parachutes*: Vertragsklausel für Manager, um ihnen etwaige Firmenübernahmen schmackhaft zu machen und sie an der Abwehr zu hindern (z B Abfertigungen)

*greenmail*: Angebot des Managements der Zielfirma an einzelne Aktienbesitzer, deren Aktien über dem Kurswert zurückzukaufen, um eine drohende Übernahme abzuwehren; die Übernahmeversuche mancher Finanzinvestoren haben nur die Zahlung von greenmail (oft mehrere hundert Millionen Dollar) zum Ziel; greenmail bringt das Unternehmen meist durch gravierende Verschlechterung der Eigenkapitalquote in Schwierigkeiten.

*insider trading*: meist illegaler Handel mit Aktien aufgrund von Vorinformationen, z B über Firmenübernahmen.

*junk bonds*: Finanzinnovation zur Finanzierung von Firmenübernahmen (hostile takeovers, leveraged buy-outs), wobei der erhoffte Gewinn aus der Verwertung der Firmenübernahme (oft durch Zerschlagung des Unternehmens) als Sicherstellung dient; der hohe Risikofaktor wird mit einer um 3 bis 5 Prozentpunkte höheren Verzinsung (gegenüber Staatsanleihen) abgegolten

*leveraged buy-out*: Finanzierung der Firmenübernahme durch Aufnahme von Fremdkapital, wodurch sich die Eigenkapitalquote der Firma verringert

*pac-man defense*: Gegenstrategie des Managements einer Zielfirma, die ihrerseits den Aufkäufer zu schlucken versucht

*poison pills*: Änderungen im Firmenstatut, von den Managern der Zielfirma veranlaßt, um Übernahmen zu erschweren (z B Beschränkung der Stimmrechte von Großaktionären)

*proxy fight*: Kampf um Stimmrechtsanteile zur Firmenkontrolle, oft nach erfolglosem Übernahmeversuch oder wenn die Übernahme nicht finanziert werden kann

*raider*: Finanzinvestor, der einen unfriendly oder hostile takeover versucht.

*tender offer*: Angebot an Aktienbesitzer zum Verkauf über dem Kurswert, unter Umgehung des Managements der Zielfirma

*white knight*: vom Management der Zielfirma zu Hilfe geholt Investor zur Abwehr eines raider.

Die vielen Zielkonflikte machen schließlich Steuern als Instrument der Wirtschaftspolitik immer *unwirksamer*. Die Erosion der Steuerbemessungsgrundlage schwächt überdies die Progressionswirkung und die Verteilungsaspekte, vor allem aber führt sie dazu, daß das Steuersystem fiskalisch *unergiebig* wird. Dies vergrößert tendenziell die Budgetprobleme.

Die hier beschriebenen Aspekte sind nicht auf Österreich beschränkt, sie prägen die Steuern, vor allem die Einkommensteuer, der meisten Industrieländer (*Hagemann — Jones — Montador, 1988*). Die neue *Steuertheorie* zielt darauf ab, das Steuersystem von wirtschaftspolitischen Aufgaben zu entlasten. Die Einflüsse der Steuern auf die Allokation der Ressourcen stehen derzeit im Vordergrund theoretischer Untersuchungen. Fragen der Verteilungswirkungen der Besteuerung treten dagegen zurück. (*Wickström, 1986*) Auch nach *Musgrave* (1983) sind Fragen der Effizienz heute für die Steuertheorie wichtiger als "equity". Diese geänderte Einstellung hat die Steuerreformen in ihren Grundzügen stark beeinflusst; zwischen den einzelnen Ländern sind allerdings erhebliche Unterschiede festzustellen.

Nach dieser heute weitverbreiteten theoretischen Auffassung soll die Besteuerung den Produktionsprozeß und die Allokation möglichst nicht verzerren, um Wohlfahrtseinbußen zu vermeiden. Die fiskalische Funktion der Besteuerung tritt dadurch stärker in den Vordergrund.

Auf diesen Überlegungen beruht auch das zunächst sehr einfache *Grundkonzept* der *Steuerreformen*, die Steuersätze spürbar zu reduzieren und dafür Ausnahmen abzuschaffen, um die Bemessungsgrundlagen zu verbreitern. In Österreich ist die Einkommensteuer gegenwärtig durch sehr hohe Grenzsteuersätze gekennzeichnet. Sie sind maßgeblich für die Wirksamkeit der Steuern als Instrument der Wirtschaftspolitik: Je höher die Grenzsteuersätze, desto größer ist eine eventuelle Steuerersparnis und damit die Möglichkeit, mit Hilfe der Steuern das Verhalten und die Entscheidungen der Steuerpflichtigen im Hinblick auf gesamtwirtschaftliche Zielsetzungen zu beeinflussen.

Von den Grenzsteuersätzen hängen die Substitutionseffekte ab, die zu Wohlfahrtseinbußen führen können (*Stiglitz, 1986*). Eine Senkung der Grenzsteuersätze stärkt die Neutralität der Besteuerung. Niedrigere Grenzsteuersätze verringern die mögliche Steuerersparnis und machen daher — auch nach der Reform gültige — Ausnahmeregelungen weniger wirksam. Das läßt sich etwa am Beispiel der steuerlichen Sparförderung deutlich zeigen: Selbst wenn sie nach der Steuerreform unverändert bestehen blieben, wären die Rendite geförderter Sparformen (nach Steuern) und ihr Vorteil im Vergleich zu nicht geförderten Sparformen kleiner.

Die Abschaffung oder Eingrenzung von steuerlichen Ausnahmebestimmungen dient daher in erster Linie dazu, die Neutralität der Steuern zu stärken und Verzerrungen zwischen verschiedenen Produktionsfaktoren, Sparformen oder zwischen Konsum und Sparen u. a. zu vermeiden oder zumindest zu verringern. Vom Grundkonzept her stehen daher auch hier der Abbau von Aufgaben und die Neutralität der Steuern im Vordergrund. Der fiskalische Zweck der Abschaffung von Ausnahmen ist, unter theoretischen Gesichtspunkten, nur ein Nebeneffekt. Entscheidend ist, daß die Einkommensteuer von wirtschaftspolitischen Aufgaben entlastet wird und die Steuern die Entscheidungen der privaten Wirtschaftssubjekte weniger beeinflussen. Deshalb sollte man die Aufhebung von Ausnahmen nicht primär an fiskalischen Gründen messen.

Für die Beurteilung einer Steuerreform sind vor diesem Hintergrund zwei Fragen maßgeblich: Werden durch eine Reform steuerliche Aspekte aus dem *Allokationsprozeß* zurückgedrängt? Gelingt es, durch Wegfall oder Eingrenzung von Ausnahmen die *horizontale Gerechtigkeit* zu stärken?

Zwischen den theoretischen Ansprüchen und den praktischen Möglichkeiten der Steuerreform besteht allerdings in mehrfacher Hinsicht eine deutliche Kluft. Die Realisierung der Reform erfordert daher *Kompromisse*, und daraus erklärt sich wiederum manche Kritik an den neuen Regelungen. Zunächst haben in der politischen Reformdiskussion Verteilungsaspekte erhebliche Bedeutung. Steuerpolitik ist immer auch von Gruppeninteressen geprägt. Überdies dienen steuerliche Maßnahmen häufig dazu, Konflikte zwischen gesellschaftlichen Gruppen abzubauen. Die damit oft verbundenen Einnahmehinfortfälle werden daher auch als *Konsensfindungskosten* bezeichnet (*Franke, 1983*).

Ähnliche Probleme traten auch in der Diskussion um die *österreichische Steuerreform* auf. Ihre praktische Durchführung erfordert daher auch Abstriche vom theoretischen Konzept. Verteilungspolitische und wirtschaftspolitische Aspekte mußten stärker berücksichtigt werden, als es dem Grundkonzept entsprochen hätte. Die Steuern werden daher auch weiterhin den Allokationsprozeß beeinflussen und nicht neutral sein. Vor allem aber ist es dadurch nicht gelungen, die Forderung, die Besteuerung einfacher zu gestalten — wie es nach dem theoretischen Konzept durchaus möglich wäre —, in wünschenswertem Ausmaß zu verwirklichen. Der Informationsstand ist somit auch künftig ein wichtiger Faktor für die individuelle Steuerbelastung; die privaten Entscheidungen werden auch künftig stark von steuerlichen Gesichtspunkten bestimmt sein, wenngleich die mögliche Steuerersparnis geringer sein wird. Das intensive Suchen nach Schlupflöchern in den neuen Gesetzen hat

ternehmen nicht zwischen eigentümer- und managementkontrollierten Unternehmen, sondern nach dem Eigentümer. Demnach verhielten sich in den siebziger Jahren private Industrie-Aktiengesellschaften in Österreich überwiegend gewinnmaximierend, direkt oder indirekt verstaatlichte hingegen stärker umsatz- oder beschäftigungsorientiert. Inländische Privatunternehmen erzielten höhere Gewinnquoten als ausländische. Ein Grund könnte in der Möglichkeit für ausländische Unternehmen liegen, durch Verrechnungspreise Gewinne anderswo auszuweisen (Aiginger, 1982, S. 96).

Ein anderer in der internationalen Literatur weit verbreiteter Ansatz beleuchtet die Beziehung zwischen Managergehältern und Firmengröße. Gemäß den nach der Eigentumsform gegliederten Daten über die Lohn- und Vorstandskosten österreichischer Industrie-Aktiengesellschaften von Walterskirchen — Hess (1983) steigen die Kosten eines aktiven Vorstandsmitglieds deutlich mit der Unternehmensgröße: von 1,7 Mill S pro Jahr in kleineren Aktiengesellschaften bis zu 3,7 Mill S pro Jahr in den größten Unternehmen. Gleichzeitig wird eine Hierarchie der Managergehälter von der Verstaatlichten Industrie (2,9 Mill S) über den Banken-Konzernbereich (2,6 Mill S), die Unternehmen im Besitz des Auslands (2,1 Mill S) und im Besitz von Privatpersonen im Inland (2,1 Mill S) deutlich (Übersicht 1)

Die Vorstandsgehälter (nur ein — entscheidender — Teil der gesamten Managergehälter) stehen sowohl mit der Wertschöpfung des Unternehmens (als Näherungsvariable für die Firmengröße) als auch mit der Beschäftigtenzahl in positivem Zusammenhang: Im Durchschnitt bedeutete 1981 1 Mill S mehr an Wertschöpfung 2.500 S mehr an Vorstandskosten bzw. ein um 300 S höheres Gehalt je Vorstandsmitglied. 10 Beschäftigte mehr bedeuteten im Durchschnitt

*Übersicht 2*

**Vorstandsgehälter und Firmengröße**

Abhängige Variable	Konstante	WS	Erklärende Variable				R <sup>2</sup>
			B	G	DA	DV	
VK	4 890 81	2,47 (11)					0,51
	4 969 45	0,83 (11)					0,49
	4 798 26	2,07 (21)		0,0028 (86)			0,52
VKV	1 965 99	0,26 (27)					0,14
	1 974 63	0,087 (28)					0,13
	1 933 85	0,26 (29)			-112,81 (258)	-206,65 (183)	+535,22 (64)
VKVA	463 51	1,49 (16)					0,33
VKVV	286 57	0,40 (15)					0,42
VKVB	315 31	1,11 (11)					0,49
VKVÖ	248 46	3,89 (9)					0,58

WS = Wertschöpfung  
 B = Beschäftigte  
 G = Gewinn-Proxy (Wertschöpfung minus Personalaufwand)  
 DA = Dummy für Auslandsbesitz  
 DV = Dummy für Verstaatlichte  
 DB = Dummy für Bankenbesitz  
 VK = Vorstandskosten insgesamt

Vorstandskosten je Vorstandsmitglied:  
 VKV = insgesamt,  
 VKVA = im Eigentum des Auslands,  
 VKVB = im Eigentum von Bankenkonzernen  
 VKVV = im Eigentum des Staates,  
 VKVÖ = im Eigentum von Privatpersonen im Inland

Kursive Zahlen in Klammern t-Statistik

8.300 S mehr an Vorstandsgehältern bzw. 870 S mehr pro Jahr und Vorstandsmitglied (Übersicht 2). Vorstandsmitglieder österreichischer Industrie-Aktiengesellschaften haben demnach selbst materielles Interesse an der Vergrößerung ihres Unternehmens, sei es an Wertschöpfung und/oder Beschäftigung. Die positive Korrelation zwischen Vorstandsgehältern und der Zahl der Beschäftigten kann aber auch Hinweis auf eine Interessenkoalition zwischen Management und Belegschaft bzw. Belegschaftsvertretung sein, die sich in einem möglichst hohen Beschäftigtenstand ausdrückt. Die Stichprobe eines Jahres reicht nicht aus, um diese Frage erschöpfend zu behandeln.

Die Zielsetzung des Managements, also Firmenvergrößerung, muß jedoch jener der Eigentümer nicht widersprechen. Der Einbau eines Gewinnproxy in die Gleichung zur Bestimmung der Managergehälter bringt einen positiven, statistisch nicht gesicherten Einfluß der Bruttogewinne auf die Managergehälter. Die Signifikanz und Höhe der Größenkoeffizienten sinken. Differenziert man die Managergehälter (pro

*Übersicht 1*

**Vorstandskosten österreichischer Industrie-Aktiengesellschaften**  
1981

Betriebsgröße	Vorstandskosten je aktives Vorstandsmitglied Mill S
5 000 Beschäftigte und darüber	3,7
1.000 bis 4.999 Beschäftigte	2,7
Unter 1 000 Beschäftigte	1,7
<b>Eigentümer</b>	
Staat	2,9
Bankenkonzerne	2,6
Ausland	2,1
Privatpersonen im Inland	2,1
<b>Insgesamt</b>	2,4

Q: Walterskirchen — Hess (1983 S. 11)

Übersicht 2

Entwicklung der Industrierohstoffpreise

HWWA-Index

	Gewicht	1986	1987	1987						1988			1987	1988 <sup>1)</sup>
		Ø	Ø	I Qu	II Qu	III Qu	IV Qu	I Qu	II Qu	III Qu	Ø	Ø		
		Index		Veränderung gegen die Vorperiode in %										
Industrierohstoffe	20.9	122.9	148.6	+ 7	+ 8	+ 5	+ 9	+ 7	+ 10	- 5	+ 22	+ 25		
Agrarische Rohstoffe	10.1	131.0	167.1	+ 9	+ 10	+ 3	+ 2	+ 5	+ 7	- 3	+ 26	+ 15		
Baumwolle	1.3			+ 14	+ 19	+ 13	- 12	- 7	+ 4	- 15	+ 24	- 12		
Sisal	0.1			± 0	± 0	+ 1	± 0	± 0	+ 2	+ 1	+ 1	+ 2		
Wolle	0.7			+ 12	+ 16	+ 9	+ 3	+ 11	+ 41	- 11	+ 37	+ 51		
Häute	0.7			+ 1	+ 27	+ 4	+ 1	+ 3	+ 7	- 6	+ 24	- 14		
Schneittholz	2.9			+ 10	+ 6	- 1	+ 6	+ 2	+ 1	- 7	+ 24	+ 5		
Kautschuk	0.8			+ 2	+ 6	+ 10	± 0	+ 2	+ 14	+ 4	+ 18	+ 19		
Zellstoff	3.7			+ 10	+ 4	+ 1	+ 4	+ 11	+ 3	+ 5	+ 28	+ 13		
NE-Metalle	6.1	124.3	150.3	+ 6	+ 11	+ 13	+ 22	+ 11	+ 19	- 8	+ 26	+ 51		
Aluminium (free)	1.1			+ 8	+ 12	+ 17	+ 3	+ 23	+ 36	- 11	+ 27	+ 61		
Blei (LME) <sup>2)</sup>	0.3			- 1	+ 33	+ 5	- 3	+ 3	+ 1	- 8	+ 47	+ 6		
Kupfer (LME)	3.1			+ 6	+ 9	+ 15	+ 40	± 0	- 1	- 6	+ 30	+ 35		
Nickel	0.6			± 0	+ 14	+ 21	+ 19	+ 62	+ 64	- 12	+ 21	+ 171		
Zink (LME)	0.5			- 11	+ 11	- 4	+ 4	+ 10	+ 32	+ 8	+ 10	+ 49		
Zinn	0.5			+ 24	- 1	- 5	+ 4	- 1	+ 1	+ 7	+ 3	+ 4		
Eisenerz Schrott	4.7	103.8	106.4	+ 4	- 3	- 1	+ 10	+ 5	± 0	- 3	+ 6	+ 9		
Eisenerz	3.7			+ 3	- 4	- 4	+ 5	+ 6	+ 2	- 6	+ 2	+ 5		
Stahlschrott	1.0			+ 6	- 2	+ 10	+ 26	+ 4	- 7	+ 8	+ 21	+ 25		
HWWA-Index insgesamt <sup>3)</sup>	100.0	143.2	149.2	+ 12	+ 4	+ 3	- 1	- 5	+ 4	- 8	+ 20	- 6		
Ohne Energierohstoffe	36.8	116.1	123.8	+ 2	+ 5	+ 2	+ 9	+ 6	+ 7	- 2	+ 8	+ 20		

Q: HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg und Arbeitsgruppe Rohstoffpreise der AIECE Neuer Index: 1975 = 100 auf Dollarbasis gewichtet mit den Rohstoffimporten der Industrieländer der Basisperiode. — <sup>1)</sup> Prognose. — <sup>2)</sup> London Metal Exchange. — <sup>3)</sup> Industrierohstoffe + Nahrungs- und Genußmittelrohstoffe + Energierohstoffe; zur Preisentwicklung der letzten zwei Rohstoffkategorien siehe Breuss F. \*Konjunkturaufschwung in den westlichen Industriestaaten nähert sich dem Höhepunkt\* in diesem Heft Übersicht 3.

Produktion von rostfreiem Stahl einerseits und die Schließung einiger Produktionsanlagen sowie technische Probleme von Produzenten in Kanada und in der UdSSR andererseits treiben seither den Preis in die Höhe. Die kräftige Verteuerung von *Aluminium* (+61%) ist auf einen Verbrauchsanstieg (vor allem der Fahrzeugproduktion) zurückzuführen: Der Aluminiumverbrauch der westlichen Industrieländer wird 1988 mit 13,8 Mill. t ein Rekordniveau erreichen und damit die Produktion von Aluminium voraussichtlich um 100 000 t übertreffen. Durch die Exporte der Oststaaten wird der Nachfrageüberhang jedoch mehr als gedeckt sein. Wegen des allgemein günstigen Wirtschaftsklimas wird 1988 eine Rekordnachfrage nach *Blei* (Preise +6%) erwartet; die Produzenten haben mit einer deutlichen Angebotserhöhung reagiert. Besonders kräftig nimmt die Nachfrage von Japan, den USA, Frankreich und Großbritannien zu, vor allem aufgrund der Steigerung der Fahrzeugproduktion.

Obwohl Blei und Zink Kuppelprodukte sind, werden die Preise von *Zink* (+49%) heuer deutlich stärker steigen, weil das Angebot mit dem Wachstum der Nachfrage nicht Schritt halten konnte. Der monatelange Bergbaustreik in Peru brachte Produktionseinbußen von etwa 5% der Bergbauproduktion an Zink in den westlichen Industrieländern, und auch die Verschiffung war durch Streiks beeinträchtigt.

Die *Kupfer*preise werden im Durchschnitt 1988 um 35% über dem Niveau von 1987 liegen. Insgesamt wird ein Anstieg der Produktion von raffiniertem Kupfer um 3,3% auf 7,9 Mill. t erwartet, der Verbrauch wird um 2% bis 3% zunehmen. Der Preisrückgang in der zweiten Jahreshälfte 1988 blieb hinter den Erwartungen zurück, weil China wieder als Importeur auf dem Weltmarkt aufgetreten ist. *Zinn* wird sich im Durchschnitt 1988 um 4% verteuern. Der Verbrauch von Zinn nahm kräftig zu, insbesondere in den USA und Großbritannien. Trotz der außergewöhnlich hohen Produktionssteigerung in Brasilien, Indonesien und Bolivien blieb die Weltproduktion im Herbst 1988 unter dem Weltverbrauch, weil die Produktion in Malaysia und Thailand wetterbedingt ausfiel. Die Lager haben einen Tiefstand erreicht (die LME-Lager den niedrigsten Wert seit 1981).

Die *Eisenerz*preise werden heuer um 5%, die *Stahlschrot*tpreise um 25% steigen. Die gute Stahlkonjunktur löste 1988 erstmals seit drei Jahren einen leichten Auftrieb der Eisenerzpreise aus. Die Verteuerung von Stahlschrott ist auf die Zunahme der Edelstahlproduktion zurückzuführen. Europa produziert heuer um 15% mehr rostfreien Stahl als im Vorjahr. In Japan betrug der Anstieg in der ersten Jahreshälfte sogar 20% (gegenüber der Vorjahresperiode), und in den USA hält der Boom in der Erzeugung von Langprodukten

schaftswachstum wird sowohl real als auch nominell deutlich höher sein, als bei der Erstellung des Voranschlages 1988 angenommen wurde: Dem Voranschlag lag eine Wachstumsrate von real 1,5% und nominell 3,4% zugrunde. Nach der Prognose des WIFO vom September 1988 wird die österreichische Wirtschaft heuer real um 3,5% und nominell um 5,2% wachsen. Der private Konsum und die Löhne nehmen ebenfalls kräftiger zu als erwartet. Deutlich günstiger ist auch die Situation auf dem Arbeitsmarkt. Die Zahl der Beschäftigten ist 1988 um 0,6% höher als im Vorjahr, bei der Erstellung des Voranschlags war noch mit einem Rückgang um 0,2% gerechnet worden; die Arbeitslosenrate wird nun für 1988 mit 5,4% prognostiziert (ursprünglich 6,2%)

Dank diesem Konjunkturaufschwung nimmt der Bund heuer brutto um etwa 7 Mrd. S. mehr an Steuern ein als ursprünglich erwartet, für den Bundeshaushalt bleiben davon etwa 4,8 Mrd. S. Nahezu alle aufkommenstarken Steuern bringen Mehreinnahmen. Die günstige Entwicklung der Beschäftigung erhöht auch die steuerähnlichen Einnahmen (vor allem den Dienstgeberbeitrag zum Familienlastenausgleichsfonds und den Arbeitslosenversicherungsbeitrag) um insgesamt etwa 1 Mrd. S. Ebenso übersteigen die sonstigen Einnahmen den Voranschlag; diese zusätzlichen Einnahmen sind freilich nicht auf die Konjunktur, sondern auf andere Faktoren zurückzuführen. Nur die Betriebseinnahmen bleiben hinter dem Voranschlag zurück. Vor allem die Bundesbahn kann die erwarteten Mehreinnahmen aus der Tarifierhöhung nicht (vollständig) realisieren.

Der Konjunkturaufschwung beeinflusst teilweise auch die Ausgaben und läßt automatische Stabilisatoren wirksam werden. Die Bundeszuschüsse an die Pensionsversicherungen sind wegen der unerwartet günstigen Entwicklung des Arbeitsmarktes geringer als im Voranschlag angenommen. Dem Reservefonds nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz werden 1988 etwa 2,1 Mrd. S. zugeführt. Neben diesem Einfluß der Konjunktur unterliegen die Ausgaben des Bundes im Vollzug auch anderen Wirkungen. Der Personalaufwand des Bundes ist deutlich höher als präliminiert, weil die allgemeine Gehaltserhöhung zum 1. Juli 1988 nicht im Voranschlag berücksichtigt war. Den verschiedenen Mehrausgaben stehen jedoch Einsparungen anderer Ausgaben gegenüber, vor allem an Zinsen für die Finanzschuld.

Der *inlandwirksame Abgang* wird 1988 im Vollzug stärker verringert als das Nettodefizit, weil ein Teil der zusätzlichen Ausgaben (Rücklagenzuführungen) nicht nachfragewirksam ist, während fast alle Mehreinnahmen die Nachfrage (zusätzlich) einschränken. Dennoch wird der Bund das Produktionspotential der österreichischen Wirtschaft durch seine inlandwirksamen Ausgaben 1988 stärker beanspruchen als in den

Vorjahren (29,3%, 1987 28,4%). Jene Einnahmen, die die Inlandsnachfrage beeinflussen, steigen allerdings ebenfalls kräftig. Ihr Anteil nimmt voraussichtlich auf 26,1% zu (1987 24,7%). Die Verringerung des inlandwirksamen Defizits im Vollzug 1988 ist daher größtenteils den erheblichen Einnahmenezuwächsen zu danken.

### Budgetkonsolidierung und Steuerreform prägen Voranschlag 1989

Im Arbeitsübereinkommen der Regierungsparteien ist für 1989 ein (weiterer) *Abbau des Nettodefizits* auf 4% des Brutto-Inlandsproduktes vorgesehen (1988 4,5%). Der veranschlagte Abgang im Allgemeinen Haushalt von 66 Mrd. S. entspricht diesem Ziel. Gemessen am Brutto-Inlandsprodukt wäre damit das Nettodefizit 1989 das geringste seit 1982 (Abbildung 1). Die (nominelle) Wachstumsrate des BIP wird laut der jüngsten Prognose des WIFO 1989 (5,6%) etwas höher sein als die Annahme, die dem mittelfristigen Konsolidierungsprogramm zugrunde liegt (5%). Anders als 1987 erschwert die Entwicklung der österreichischen Wirtschaft die Verringerung des Defizits daher nicht zusätzlich. Die Kapazitätsauslastung wird sich 1989 voraussichtlich weiter verbessern und mit 97,4% nicht nur den höchsten Wert der achtziger Jahre erreichen, sondern auch über dem langjährigen Durchschnitt liegen (1968/1988 96,6%)

